

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** * Seit 1963 *

www.marxistische-blaetter.de

MASCH-Skripte

Ralf Jungmann

Verdrängung und Diskreditierung

**Die junge BRD und
der antifaschistische
Widerstandskampf der KPD**

www.MASCH-Skripte.de

Wir veröffentlichen im Internet Vorträge marxistischer Bildungsveranstaltungen als MASCH-Skripte. Die Anlehnung an die alte, in den 1970er Jahren gegründeten MASCH («Marxistische Abendschulen») im Rahmen der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) ist gewollt. Denn Bildungszirkel in der Traditionslinie »Marxismus für die A-Klasse« sind nach 1989/90 nie ganz verschwunden und – was wichtiger ist – seit einiger Zeit auch unter diesem »Markenzeichen« wieder stärker im Kommen. Um diese Form der Weiterbildung zu fördern, veröffentlichen wir zum kostenlosen Download Vorträge, die von Autorinnen der Marxistischen Blätter bei MASCH-Veranstaltungen gehalten wurden.

Referenten und Referentinnen, die uns weitere Vorträge für die Veröffentlichung zur Verfügung stellen wollen, wenden sich bitte an Lothar Geisler (Tel. 0201 | 23 67 57) oder per E-Mail: LoG@neue-impulse-verlag.de

Vorträge

<i>Willi Gerns</i>	Die Imperialismustheorie Lenins und der heutige Kapitalismus
<i>Willi Gerns</i>	Lenins Werk »Was tun?« und Fragen des Klassenbewusstseins heute
<i>Robert Steigerwald</i>	Material zum Thema Klassenbewusstsein
<i>Hans Hautmann</i>	Der Streik als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung
<i>Wolfgang Richter</i>	Die Stadt und der Kapitalismus
<i>Beate Landefeld</i>	Finanzgetriebener Kapitalismus – Was macht eigentlich die Bourgeoisie?
<i>Thomas Metscher</i>	Realismus – zur musikalischen Ästhetik Dmitri Schostakowitschs
<i>Nina Hager</i>	Revolutionen – immer noch Lokomotiven der Weltgeschichte?
<i>Andreas Wehr</i>	Europa als Nation?
<i>Mario Candeias</i>	Neoliberal ist asozial – und trotzdem mehrheitsfähig!?
<i>Wolfgang Richter</i>	Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition
<i>Anton Latzo</i>	Zur Antikommunismus-Resolution des Europarates
<i>Willi Gerns</i>	Zum Verhältnis von Reform und Revolution – Grenzen und Möglichkeiten des Kampfes um Reformen heute
<i>Robert Steigerwald</i>	Warum und wie sollten Marxisten sich um Naturwissenschaft kümmern?
<i>Robert Steigerwald</i>	Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht
<i>Martin Schlegel</i>	Staatsverschuldung
<i>Manfred Scharinger</i>	Krankheit und Gesundheit bei Marx und Engels
<i>Werner Goldschmidt</i>	Varianten des Postkapitalismus – Ein Literaturbericht (Teil 1–3)
<i>Thomas Metscher</i>	Von der Notwendigkeit der Utopie in finsternen Zeiten
<i>Holger Wendt</i>	Der lange Marsch der »Neuen Marxlektüre«

Ralf Jungmann

Verdrängung und Diskreditierung

Die junge BRD und der antifaschistische Widerstandskampf der KPD

»Ihr dürft nicht vergessen, dass im Kampf gegen den Hitlerfaschismus die Kommunisten die ersten Opfer waren und die größten Teile jener, die am Widerstandskampf beteiligt waren, gestellt haben. Und wir dürfen nicht vergessen, dass dann in der ersten antikomunistischen Phase der Bundesrepublik sehr häufig die gleichen, die vorher [...] im KZ oder Zuchthaus gesessen haben, abermals in den Gefängnissen der Bundesrepublik verschwunden sind.«¹ Mit diesen Worten beschrieb der Politik- und Rechtswissenschaftler Wolfgang Abendroth, der selbst dem antifaschistischen Widerstand angehörte, die Bedeutung des kommunistischen Widerstands. Seine Worte stellen dabei auch eine Anklage hinsichtlich des Umgangs mit den Kommunist_innen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in Westdeutschland dar. Es stellt sich daran anknüpfend die Frage, was Abendroth – der zeitlebens keine Vorlesung über den antifaschistischen Widerstand der Arbeiterbewegung halten durfte – zu solch einer harten Anklage bewog und warum er während seiner letzten Rede in Marburg im Jahre 1984 so eindringlich an die Zuhörer_innen appellierte, den Widerstandskampf der Kommunist_innen

1 Abendroth zitiert nach: Balzer, Friedrich-Martin: Zur Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit über Faschismus und Antifaschismus in Westdeutschland. Vorbemerkung des Herausgebers. In: Finker, Kurt: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955). Bonn 2009, S. 10.

nicht zu vergessen. Diese Frage berührt den Gegenstand der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte des kommunistischen Widerstands in den ersten zwanzig Nachkriegsjahren in Westdeutschland. Die öffentliche Darstellung, Bewertung und auch der Umgang mit dem kommunistischen Widerstand bewegte sich in dieser Zeit in einem besonderen politischen, rechtlichen als auch gesellschaftlichen Spannungsfeld, das vor allem vom (aufkommenden) Kalten Krieg bestimmt war. In welcher Art und Weise, soll im folgenden Beitrag anhand einer Analyse der damaligen Debatten und Urteilsbildungen zum kommunistischen Widerstand näher aufgezeigt werden. Damit soll in bescheidener Form auch den mahnenden Worten Abendroths Rechnung getragen werden. Die Erinnerung an diese Zeit ist dabei nicht abgeschlossen zu betrachten, sondern zum einen einzubetten in die damalige Zeit und zum anderen auch für die Entwicklungen in Gegenwart und Zukunft zu beachten. So gab es nach dem Ende des real existierenden Sozialismus erneut geschichtsrevisionistische Entwicklungen (beispielgebend dafür steht die Diffamierung der Roten Kapos im KZ Buchenwald²). Heute gibt es wieder Akteure – unter mehreren anderen die »Alternative für Deutschland« – die an der damals vorherrschenden antikommunistischen Geschichtsbetrachtung anknüpfen.

1. Der kommunistische Widerstand als Teil der Arbeiterbewegung

Der kommunistische Widerstand reihte sich in den Gesamtkomplex des Arbeiterwiderstands ein. Beim Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung handelte es sich um ein bewusstes Handeln

- 2 Eine Antwort auf die Verunglimpfungen lieferten die Erinnerungen von Emil Carlebach, die 1995 unter dem Titel »Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland. Dachau und Buchenwald 1937–1945« erschienen sind, und der »Buchenwald-Report«, der von David A. Hackett herausgegeben worden ist.

gegen den faschistischen Staat, das darauf abzielte, bestimmte Abläufe zu be- und verhindern sowie wichtige Bereiche entscheidend zu beeinträchtigen und letztendlich den faschistischen Staat zu beseitigen.³ Der Arbeiterwiderstand wird demnach in der Wissenschaft zum politischen Widerstand gezählt, da »die ideologische Gegenposition, aber auch parteipolitische Konkurrenz [...] die treibenden Kräfte«⁴ waren. Der Historiker Axel Ulrich definiert den politischen Widerstandsbegriff wie folgt: »Politischer Widerstand wird verstanden als kompromisslose Ablehnung des NS-Regimes in Wort, Schrift oder Tat durch Mitwirkung in konspirativen Organisationen oder auch eher lockeren Gruppenzusammenhängen mit der dezidierten Zielsetzung, zur Beseitigung der Diktatur bzw. zur Errichtung eines nichtfaschistischen Systems beizutragen.«⁵

Diese Form des politischen Widerstands der Arbeiterbewegung setzte lange Zeit vor der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 ein. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) warnte etwa schon in den 1920er Jahren vor der drohenden Gefahr der faschistischen Bewegung und stellte dabei konsequent den Zusammenhang zwischen Faschismus und Krieg her. Ihren wohl bekanntesten Ausdruck findet diese Politik in dem Plakatmotiv, das im ganzen Reich tausendfach mit großen Lettern an die Wänden warnend geschrieben und aufgehängt wurde: »*Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!*« und »*Hitler bedeutet Krieg!*« Von den Faschisten wurde der kommunistische Widerstand wie die gesamte politische Arbeiterbewegung von Anfang

3 Vgl. Coppi, Hans: Vorwort. In: Coppi, Hans/Heinz, Stefan (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeit. Berlin 2012 (= Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus), S. 7.

4 Benz, Wolfgang: Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933. In: Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Limitierte Sonderausg. Frankfurt am Main 1999, S. 25.

5 Ulrich, Axel: Kampf gegen Hitler. Zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet, In: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz. Mainz 2004, S. 3.

an als »marxistisch« diffamiert und heftig bekämpft. Hierbei spielte es für die Faschisten keine Rolle, ob es sich dabei um Anhänger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der KPD oder anderer linker Zwischengruppen handelte oder welcher Richtungsgewerkschaft sie angehörten. Vielmehr bildete diese antimarxistische Ausrichtung das politische Hauptkonzept der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), was ihren Ausdruck in der schon in den 1920er Jahren gemachten Ankündigung den »Marxismus radikal auszurotten« findet. An die praktische Umsetzung machten sich die Faschisten dann umgehend nach der Machtübertragung an Hitler. Unter Umgehung und der raschen Außerkraftsetzung von verfassungsmäßigen Grundrechten begann schon in den ersten Monaten des Hitlerregimes die brutale und rücksichtslose Verfolgung von Parteien, Organisationen und Aktivisten der politischen Arbeiterbewegung.⁶ Diese vor dem 30. Januar 1933 nicht vorstellbare Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, reichte vom Verbot ihrer Organisationen bis zur massenhaften Ermordung ihrer Mitglieder. Als erstes und am intensivsten davon betroffen waren die Kommunist_innen, darunter insbesondere die Mitglieder der KPD und ihrer Nebenorganisationen.

Letztendlich führten die unüberwindbaren Gräben zwischen den Organisationen der Arbeiterbewegung dazu, dass sowohl der rasante Aufstieg und der Machtantritt der Nazis als auch die Zerschlagung der eigenen Organisationen nicht verhindert werden konnte. Die von der KPD-Führung unter ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann am Ende der Weimarer Republik und dann unmittelbar nach der Machtübertragung an Hitler gemachten Versuche, die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten herzustellen, indem eine Abkehr der innerhalb der Partei weitverbreiteten und sich als schädlich erwiesene »Sozialfaschismusthese« vollzogen wurde, kam dabei zu spät und wurde von der Führungsebene der SPD – auch infolge der zuvor gemachten Erfahrungen – mehrfach abgelehnt. Das sollte sich schließlich als ein entscheidender Fehler für die Arbeiterbewegung herausstellen, der

6 Coppi, Vorwort, S. 10.

ihr dann zum Verhängnis wurde.⁷ Aufgrund der vorhandenen tiefen Spaltung der Arbeiterbewegung gab es nämlich keine Handlungskonzepte für einen einheitlichen und gemeinsamen Widerstand gegen das faschistische Regime. Doch trotz fehlender Konzepte und Einigkeit begann sich schon früh der Widerstand gegen den unübersehbaren und hörbaren Terror der Faschisten, insbesondere in den »roten Hochburgen« und den Wohnquartieren der Arbeiterschaft zu regen.⁸ Teile der politischen Arbeiterbewegung nahmen den Widerstand gegen das NS-Regime auf, denn »für viele Kommunisten, aber auch für Mitglieder gewerkschaftlicher, sozialdemokratischer und linkssozialistischer Widerstandsgruppen überhaupt [stand] außer Frage, dass sie die Zerschlagung ihrer Organisationen und Kultur durch die Nationalsozialisten nicht wehrlos hinnehmen wollten«.⁹ Die Formen des Widerstands unterschieden sich dabei sehr. Dem kommunistischen Widerstand kam dabei eine Hauptrolle im antifaschistischen Widerstandskampf zu.

2. Die KPD als führende Kraft des kommunistischen Widerstands

Der kommunistische Widerstand war vielfältig und reichte von der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO), einer Abspaltung von der KPD, über trotzkistische Gruppen und weitere kommunistische Kleingruppen. Sie organisierten Widerstand und waren ebenfalls konsequente Gegner der Faschisten. Allerdings war ihre numerische Stärke im Vergleich zur KPD und ihren Nebenorganisationen relativ gering, was ihre wichtige Bedeutung für den antifaschistischen

7 Vgl. Gingold, Peter: »Unser Traum erfüllte sich nicht«. In: Junge Welt vom 8.3.2016, S. 12.

8 Vgl. Coppi, Vorwort, S. 11.

9 Vgl. Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945. Wuppertal 1980, S. 428.

Widerstandskampf aber in keinster Weise schmälerte.¹⁰ Der kommunistische Hauptwiderstand erfolgte von Angehörigen der KPD und ihrer Nebenorganisationen.

Die KPD hatte bei den letzten legalen Reichstagswahlen im November 1932 sechs Millionen Stimmen erhalten (16,9 Prozent). Sie avancierte damit hinter der SPD (20,7 Prozent) und der NSDAP (33,1 Prozent) zur drittstärksten Partei. Unbestritten hatte die KPD während der Weimarer Republik eine enorme Ausstrahlungskraft. Auch ihr Wirkungsfeld war umfassend. So verfügte die KPD noch 1932 über schätzungsweise 12.000 Betriebszellen und mehrere Nebenorganisationen.¹¹ Dazu gehörten u. a. die Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten (RGO) und die Roten Gewerkschaften, die Ende 1931 312.555 Mitglieder hatten; die Rote Hilfe (RH) mit 312.555 Mitgliedern (1931) und die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) mit 55.635 Mitgliedern.¹² Daneben gab es noch den Kampfbund gegen den Faschismus mit knapp 100.000 Angehörigen und die Parteijugend, der Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD), mit ca. 40.000 Mitgliedern.¹³

Politisch vertrat die KPD eine Gesamtalternative sowohl gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik als auch gegen den Faschismus. Die Partei bekannte sich offen zum Marxismus-Leninismus und ihr erklärtes Ziel war die Errichtung einer »klassenlosen Gesellschaft«. Dieses Selbstverständnis prägte ihr anti-faschistisches Konzept und ihren praktischen Widerstandskampf

10 Vgl. Benz, Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933, S. 25.

11 Vgl. Weber, Hermann: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939. Berlin 21990 (= Beiträge der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin zum Thema Widerstand 1933–1945; 33), S. 4.

12 Vgl. Merson, Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Bonn 1999, S. 33.

13 Vgl. Ulrich, Axel: Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft am Beispiel der Opel-Werke in Rüsselsheim. In: Heyl, Bernd/Neugebauer, Andrea (Hrsg.): »... ohne Rücksicht auf die Verhältnisse«. Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau. Frankfurt am Main 1997, S. 105.

gegen den Faschismus.¹⁴ Damit unterschieden sich die von der KPD organisierten und unterstützten Widerstandsstrukturen sowie deren Aktivitäten hinsichtlich ihrer Intensität und Kontinuität von denen aller anderen antinazistischen Parteien, Verbände und Gruppierungen.¹⁵ Es lassen sich während des zwölfjährigen Widerstandskampfes der KPD mehrere unterschiedliche Phasen ausmachen, in denen sich der Widerstand hinsichtlich seiner Form, Ausrichtung und Wirksamkeit mehrfach änderte.

2.1 Die erste Phase bis 1935 – Vom Massenwiderstand zum verdeckten Kampf

Die KPD versuchte in der Zeit von 1933 bis 1935, im Gegensatz zur SPD und den freien Gewerkschaften, ihre Organisationen unter den neuen Bedingungen der Illegalität zu erhalten und zu (re)organisieren. Es bildeten sich trotz der ersten Verhaftungswellen in vielen Orten illegale Widerstandsgruppen, von denen Gruppen ein verdeckter Widerstandskampf in Form von umfangreichen Verteilaktionen illegal gedruckter Flugblätter und Zeitungen sowie andere Aktionsformen geführt wurde.¹⁶ Neben diesen Formen des Widerstands innerhalb Deutschlands wurde der Widerstand der deutschen Kommunist_innen auch schon aus dem Ausland heraus geführt. Im Exil wurde ein eigener Organisationsapparat der Partei aufgebaut, dem bis zum Jahre 1935 bis zu 8.000 KPD-Mitglieder angehörten. Auch der KJVD baute ein Netz von illegalen Widerstandsgruppen auf.¹⁷ Deren Widerstand reichte von der politischen Aufklärung über den Terror – darunter den Mord und die Folter in den neuen »wilden«

14 Vgl. Weber, *Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939*, S. 4.

15 Vgl. Ulrich, *Kampf gegen Hitler*, S. 27.

16 Vgl. Coppi, *Vorwort*, S. 11.

17 Vgl. Weber, *Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939*, S. 10–12.

Konzentrationslagern (KZ) – und die soziale Demagogie der Faschisten bis hin zu praktischen Anleitungen zum Widerstand und dem Verhalten bei Verhaftungen und vor Gericht.¹⁸ Diese Zielsetzung ergab sich aus der Analyse, dass ein Massenwiderstand oder bewaffneter Kampf nicht zu erreichen war, da der faschistische Staat von weiten Teilen der Gesellschaft begrüßt und unterstützt wurde.¹⁹ Diese Haltung, die hinterfragt werden kann bzw. sollte, ist Ausdruck und Folge der schon in den ersten Monaten nach dem Machtantritt der Faschisten erfolgten Massenhaftungen der wichtigsten Führungspersönlichkeiten der Partei. Es kann zumindest vermutet werden, dass sich eine gewisse Ratlosigkeit über den weiteren Kurs und eine allgemeine Verzweiflung breit gemacht hatte nach dem es nicht gelungen war, trotz der vorhandenen bewaffneten Strukturen rund um dem Roten Frontkämpferbund (RFB) und dessen Nachfolgeorganisationen, die eigenen Kader vor den faschistischen Repressionsorganen – die auf die zuvor umfassende antikommunistische Arbeit der Weimarer Polizei aufbauen konnte – zu schützen. Es lässt in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragen, inwieweit die starke Zentralisierung innerhalb der KPD und das zu lange Ausbleiben eines bewaffneten Widerstands möglicherweise ein entscheidender Fehler war.

Die erste Phase des Widerstands war letztlich verbunden mit einem opferreichen Kampf der KPD. Schon in den ersten beiden Jahren des Naziregimes wurden mehr als 60.000 Kommunist_innen inhaftiert und ca. 2.000 von ihnen ermordet. Diese immensen Verluste führten dazu, dass einige Bezirksleitungen bis zu achtmal neu organisiert werden mussten.²⁰

18 Vgl. Benz, Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933, S. 31.

19 Vgl. Ueberschär, Gerd R.: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933–1945. Frankfurt am Main 2006, S. 14.

20 Vgl. Herlemann, Beatrix: Der deutsche kommunistische Widerstand während des Krieges. Berlin 1989 (= Beiträge der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin zum Thema Widerstand 1933–1945; 35), S. 5.

2.2 Die zweite Phase bis 1939 – Volksfrontpolitik und illegale Betriebszellen

Während der zweiten Phase des Widerstands, die von 1935 bis 1939 dauerte, rief die KPD im Sinne einer Volksfrontpolitik die SPD-Führung immer wieder zum gemeinsamen Widerstandskampf auf. Aufgrund der jahrelangen Kämpfe gegeneinander blieb aber letztlich ein organisatorisch gemeinsam geführter Kampf – insbesondere aufgrund der ablehnenden Haltung der SPD-Führung – aus.²¹ Trotz dieser Niederlage führte die KPD den Widerstandskampf in Form von sehr kleinen Gruppen durch, die ihren Schwerpunkt in Großbetrieben und den dort agierenden illegalen Gewerkschaftsgruppen hatte.²² Die Chance auf den bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus bot sich für die KPD-Mitglieder dann mit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges im Juni 1936. Bis zu 5.000 deutsche KommunistInnen kämpften auf der Seite der Spanischen Republik und wehrten sich gegen den faschistischen (Franco-)Putsch. Von den zumeist aus der Emigration kommenden KommunistInnen verloren ca. 2.000 ihr Leben in diesem Krieg.²³

Innerhalb Deutschlands trat der kommunistische Widerstand in dieser Phase nach außen hin kaum noch auf, aber er blieb weiterhin in Form von lose agierenden Zirkeln bestehen. Der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gelang es aber bis 1939, die meisten kommunistischen Gruppen zu zerschlagen und Reorganisationen mit gezielten Verhaftungen zu unterbinden.²⁴

21 Vgl. Ueberschär, Für ein anderes Deutschland, S. 14.

22 Vgl. Ulrich, Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft, S. 109.

23 Vgl. Benz, Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933, S. 35–36.

24 Vgl. Ueberschär, Für ein anderes Deutschland, S. 17.

2.3 Die dritte Phase bis 1945 – Vielfältige Formen des Widerstands

Der Widerstandskampf der Kommunist_innen, der bis zum Kriegsende andauerte, wurde immer vielfältiger. Er erfolgte zwar weiterhin in illegalen Gewerkschaftsgruppen, aber von nun an vor allem in den KZs, wo Kommunist_innen einen schwierigen, aber aufopferungsvollen Kampf gegen Spaltung, Demoralisierung und für die Verbesserung der Überlebenschancen führten, der bis zum bewaffneten Widerstandskampf – wie beispielsweise im KZ Buchenwald – reichte.²⁵ Daneben gab es aber auch einen aktiven und langjährigen Widerstandskampf auf militärischer Ebene. Zu nennen sind diesbezüglich das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und der Bund Deutscher Offiziere (BDO), die beide im Jahre 1943 auf Beschluss der sowjetischen Führung mit Hilfe von im Exil lebenden deutschen Kommunist_innen gegründet wurden. Das NKFD konstituierte sich mit der Absicht, »Deutschland vor der Katastrophe zu retten«. Die Angehörigen gaben ein wöchentliches Mitteilungsblatt heraus und betrieben den Rundfunksender »Freies Deutschland« als Propagandamittel im Kampf gegen das NS-Regime. Auch der BDO wurde gezielt zur Propagandaarbeit eingesetzt. Letztendlich forderten die beiden Organisationen »hinter Stacheldraht« die Deutschen in der Heimat auf, Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft zu leisten. Von den Soldaten und im speziellen von der Wehrmachtsführung forderten sie einen Rückzug aus den besetzten Gebieten, da der Krieg verloren sei und weitere Opfer sinnlos wären. Zu Beginn des Jahres 1944 wurden die Organisationen dann direkt an der Front eingesetzt, um Wehrmachtsoldaten zum Überlaufen zu bewegen. Im Laufe der Zeit konnten führende Generäle der Wehrmacht für die

25 Hierzu wird auf das von einem Autorenkollektiv geschriebene Buch »Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-faschismus«, welches im Verlag Olga Benario und Herbert Baum erschienen ist, verwiesen. Es ist online abrufbar unter: <http://www.red-channel.de/mliteratur/benariobaum/nazi/nazi.htm>

Sache des Widerstands des NKFD/BDO gewonnen werden. Die Nazi- und Wehrmachtsführung reagierte auf das Wirken dieser Organisationen mit Strafermittlungsverfahren gegen deren Angehörige. Ihnen wurde »Verrat und Treubruch« vorgeworfen.²⁶

Aktiven Widerstand innerhalb Deutschlands leisteten zu dieser Zeit mehrere kommunistischen Aktionsgruppen, darunter die Widerstandsgruppe Neubauer/Poser in Thüringen, die Bästlein-Gruppe in Hamburg und die Aktionsgruppe um das frühere KJVD-Mitglied Anton Saefkow in Berlin. Diese Aktionsgruppen veröffentlichten und verteilten Flugblätter und Informationsmaterialien, die zur Sabotage-tätigkeit aufriefen und das Ende des Krieges forderten.²⁷ Viele Mitglieder dieser Gruppen wurden von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) aufgespürt, verhaftet und oftmals zum Tode verurteilt. Genauso erging es Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack, die in den Akten der Gestapo als »Rote Kapelle« bezeichnet worden sind. Dieser Gruppe gehörten neben mehreren Kommunist_innen auch Sozialdemokrat_innen und liberale Schriftsteller_innen an. Ziele der Gruppe waren der Sturz der Nazi-Regierung und die Beendigung des Krieges um ein »nichtfaschistisches, nichtimperialistisches System« zu errichten. Die Aktivitäten reichten dabei von der illegalen Verbreitung von Flugblättern und Zeitschriften über das Verschicken von »offenen Briefen« an deutsche Frontsoldaten, in denen die Verbrechen der SS angeprangert wurde, bis hin zur Kontaktaufnahme zu anderen oppositionellen Kräften innerhalb Deutschlands sowie zu Kriegsgefangenen und letztlich auch zur Sowjetbotschaft (was letztendlich misslang). Bis Mitte des Jahres 1943 wurden über 130 aufopferungsvolle Mitglieder dieser Gruppe von der Gestapo verhaftet, gefoltert und schließlich vom Reichskriegsgericht verurteilt – davon über 50 Angehörige zum Tode.²⁸

26 Vgl. Ueberschär, Für ein anderes Deutschland, S. 141–146.

27 Vgl. ebd., S. 86–87.

28 Vgl. ebd., S. 133–137.

Insgesamt betrachtet war der zwölf Jahre andauernde Widerstandskampf der KPD mit erheblichen Opfern verbunden. Von den über 350.000 KPD-Mitgliedern zu Beginn des Jahres 1933 wurden ca. 150.000 verhaftet und verschieden lange in Zuchthäusern und KZs inhaftiert. Zehntausende von ihnen wurden gefoltert und etwa 20.000 ermordet.²⁹ Schätzungsweise drei Viertel der vor dem »Volksgerichtshof« verhandelten Fälle betrafen den Widerstand der Kommunist_innen.³⁰ Doch die enorme Bedeutung der Kommunist_innen am antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland wird in seiner ganzen Dimension erst ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass unter allen Menschen, die im Widerstand aktiv waren, 85 Prozent Kommunist_innen und 12 Prozent Sozialdemokrat_innen waren und lediglich drei Prozent aus bürgerlichen Kreisen kamen.³¹ Es waren letztendlich die Kommunist_innen, die nicht nur den größten Anteil der Widerstandskämpfer_innen ausmachten, sondern auch die »bestorganisierten, zuverlässigsten und aufopferungsvollsten Kräfte [...] im deutschen antifaschistischen Widerstand«³² bildeten. Trotz dieses aufopferungsvollen Kampfes der Kommunist_innen, der in Hinblick auf das Leiden und der Opfer vergleichbar mit der europäischen Résistance war, gelang es – auch im Verbund mit anderen Widerstandsformen bzw. –gruppen – schließlich nicht, eine vergleichbare antifaschistische Widerstandsbewegung wie in den anderen von Hitler-Deutschland besetzten europäischen Ländern zu erzeugen. Der zum aktiven Widerstand gehörende Kommunist Peter Gingold beschrieb diese »Tragik des deutschen Widerstandes« wie folgt: »[Der Kommunistische Widerstand] führte nicht zum Aufstand. Er konnte allenfalls etwas Sand in die Getriebe der Mordmaschine streuen, aufhalten konnte er sie nicht. Unsere Vision, unser Traum,

29 Vgl. Weber zitiert nach: Steinbach, Peter: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. Paderborn u. a. 1994, S. 3.

30 Vgl. Ulrich, Kampf gegen Hitler, S. 1.

31 Vgl. Gingold, »Unser Traum erfüllte sich nicht«, S. 12.

32 Ebd.

unsere Hoffnung war es, der Widerstand könnte Massen der deutschen Bevölkerung zum Aufstand führen, um aus eigener Kraft mit Hitler und dem Krieg Schluss zu machen. War denn nicht der Erste Weltkrieg mit einer Volkserhebung, mit einer Revolution beendet worden? Unser Traum erfüllte sich nicht.«³³

3. Rezeption des kommunistischen Widerstands in der Nachkriegszeit

Am 2. August 1945, zum Abschluss der Dreimächtekonferenz in Potsdam, wurden von den Alliierten besonders wichtige Festlegungen für die zukünftige Entwicklung Deutschlands und dessen Stellung im Nachkriegseuropa getroffen. In der Abschlusserklärung heißt es u. a.: »Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. [...] Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen [...] auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.«³⁴ In dieser Erklärung kam das vom Großteil der antifaschistischen Widerstandskämpfer_innen angestrebte Ziel, wonach es in einer zukünftigen gesellschaftlichen Ordnung keinen Platz mehr für faschistische Ideologien und Politik geben sollte, zum Ausdruck. Beim Aufbau des neuen Staates sollte ihnen schließlich eine besondere Rolle zukommen.³⁵ Das galt auch für die Kommunist_innen, die in Anerkennung

33 Ebd.

34 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin zitiert nach: Finker, Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955). Bonn 2009, S. 23–24.

35 Vgl. ebd., S. 24.

ihrer Verdienste »um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates« aufgefordert wurden, wichtige Funktionen im öffentlichen Dienst zu übernehmen. Trotz dieser Ausrichtung muss hervorgehoben werden, dass eine spezifische Erwähnung des deutschen Widerstands in der gesamten Erklärung unterblieb. Es wird vielmehr von einem »blinden Gehorsam« gesprochen. Die Alliierten verfolgten damit das Ziel, »der deutschen Öffentlichkeit kein Instrument an die Hand zu geben, sich auf den Widerstand zu berufen, um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu meiden«. ³⁶ Es war diese ausbleibende Würdigung bzw. ablehnende Haltung der Alliierten gegenüber dem deutschen Widerstand, die sich sowohl auf die gesamtdeutsche Historiografie als auch auf das historisch-politische Bewusstsein der deutschen Nachkriegsöffentlichkeit entscheidend auswirken sollte.

3.1 Antikommunistische Darstellungen und Memoiren

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war das öffentliche Interesse in den westlichen Besatzungszonen an einer Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Widerstandskampf nicht besonders ausgeprägt. Vielmehr wurde das Thema wie auch die gesamte unmittelbar zurückliegenden Geschichte, insbesondere die Verbrechen unter dem faschistischen Regime, weitestgehend ausgeblendet und verdrängt. Statt einer notwendigen kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und einer Würdigung des antifaschistischen Widerstandskampf erschienen mehrere Darstellungen über die im »Dritten Reich« handelnden Personen, die vor allem von konservativen Historikern geschrieben worden sind. Bei diesen Darstellungen war ein nachträglich rechtfertigender Charakter unübersehbar. So wurden bestimmte Taten, wie beispielsweise der Krieg gegen die UdSSR, als zwangsläufig legitimiert und Verbrechen zielgerichtet verschwiegen. Darüber hinaus, galten alle Formen des Widerstands als »Hochver-

36 Wetzel, Juliane: Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989. In: UTOPIE kreativ 2000, H. 118, S. 797.

rat« und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden als »Siegerwillkür« geächtet.³⁷ Neben diesen Darstellungen gab es schon bald eine Fülle von Memoirenliteratur, die von heimkehrenden Kriegsgefangenen stammte. In diesen Werken wurde vor allem der kommunistische Widerstand wie der des NKFD stark angegriffen. Die Lebensberichte der Spätheimkehrer waren oftmals geprägt von einer antikommunistischen Ausrichtung, die ihre Wurzeln zumeist in der von den Faschisten geprägten Ideologie vom »jüdischen Bolschewismus« hatte, und anknüpfungsfähig war im Antikommunismus der Adenauer-Ära.³⁸ Diese Darstellungen dienten – wie der Historiker Peter Steinbach verdeutlicht – dazu, »die durch die Entnazifizierung belastete Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und dem Nationalsozialismus, mit als »Kriegsverbrechen« bezeichneten Verbrechen des »Völkermords«, der »Euthanasie« und politischer Verfolgung zu relativieren«.³⁹

Oftmals blieben die nationalkonservativen bis hin zu neofaschistischen Stimmen in der Bevölkerung unhinterfragt oder sie wurden zustimmend zur Kenntnis genommen.⁴⁰ Eine Würdigung des antifaschistischen Widerstands kam demnach in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowohl für die damaligen Historiker_innen, Publizist_innen und Politiker_innen als auch für die breite Öffentlichkeit nicht in Frage. Entsprechend zum Ausdruck kommt dies im Buch »Der lautlose Aufstand« von Günter Weisenborn aus dem Jahre 1953: »Nach der Kapitulation wurden die Taten der Widerstandsbewegung in allen ehemals besetzten Ländern bekannt und ihr Ruhm wurde gepflegt. Nur die Taten der ältesten Widerstandsbewe-

37 Vgl. Balzer, Zur Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit, S. 9–10.

38 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 267.

39 Ebd.

40 Vgl. Ueberschär, Gerd R.: Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945. In: Ueberschär, Gerd R (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Berlin 1998, S. 125.

gung bleiben unbekannt, die der deutschen [...]«⁴¹ Auf gesellschaftlicher Ebene wird dieses Ausbleiben dahingehend verständlich, dass eine Erinnerung oder gar Würdigung des antifaschistischen Widerstandskampfes bedeutet hätte, die eigene Rolle im Nazistaat zu hinterfragen, wie Steinbach zu Recht anmerkt: »Denn im Widerstand wurde ein alternatives Verhalten sichtbar, welches nicht mehr erlaubte, Anpassungsbereitschaft und Gehorsam als Konsequenz von Angst vor Terror und Verfolgung oder als Ausdruck einer moralischen Verpflichtung zum Staatsgehorsam zu deuten.«⁴² Unter Berücksichtigung dieser Einschätzung verwundert es nicht, dass denjenigen die den Widerstandskampf als Verrat diskreditieren nur wenig Gegenwind in der öffentlichen Debatte drohte.

3.2 Erscheinen erster Schriften zum kommunistischen Widerstand

Von großer und nachhaltiger Bedeutung für die Widerstandsforschung waren die erstmals im Ausland veröffentlichten deutschsprachigen Arbeiten zum Widerstand. Eine Vielzahl dieser bereits in der frühen Nachkriegszeit veröffentlichten Arbeiten gingen zurück auf überlebende Beteiligte des antifaschistischen Widerstandskampfes, darunter selbst Historiker die Opfer und zugleich Gegner des Faschismus wurden. Sie waren es, die sich »um den faktischen Nachweis, die Rehabilitierung und Würdigung der Hitlergegner und ihres oppo-

41 Weisenborn, Günter: Der lautlose Aufstand. Berichte über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. Hamburg 1953, S. 14.

42 Vgl. Steinbach, Peter: Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der Öffentlichkeit nach 1945. In: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik. Berlin 1998, S. 104.

sitionellen Handelns«⁴³ bemühten. Ihre Publikationen sorgten für eine gewisse Aufklärung und gesellschaftliche Bewusstseinsbildung: Zum einen machten sie deutlich, dass nicht alle Deutschen hinter dem Nazi-Regime standen, sondern sich ein wenn auch kleiner Teil der deutschen Bevölkerung gegen dieses zur Wehr gesetzt hatte. Zum anderen machten sie klar und unmissverständlich deutlich, dass es sich dabei nicht um »Landesverrat« handelte.⁴⁴ Sie nahmen damit auch einen (umstrittenen) Gegenpart zu der tabuisierenden Haltung der Alliierten ein.

Der Schwerpunkt dieser Bücher lag auf der Darstellung des militärischen Widerstands. Es wurden aber auch andere Widerstandsformen – darunter der kommunistische Widerstand – angesprochen und keineswegs ausgeblendet. Eine politische und soziale Unterscheidung des Widerstands gab es in diesen frühen Schriften noch nicht, sondern der Widerstandskampf stand als verbindendes Element im Mittelpunkt der Darstellungen.⁴⁵ So gab es Sammelbände und Einzelwerke, wie das von Emil Henks verfasste Buch »Tragödie des 20. Juli 1944«,⁴⁶ in denen verschiedenste Widerstandsgruppen angesprochen wurden. Henks ging etwa auf die sozialistischen Motive von einzelnen Beteiligten des 20. Juli 1944 ein und würdigte

43 Ueberschär, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«?, S. 125.

44 Vgl. Toyka-Seid, Christiane: Der Widerstand gegen Hitler und die westdeutsche Gesellschaft: Anmerkungen zur Rezeptionsgeschichte des »anderen Deutschland« in den frühen Nachkriegsjahren. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 573.

45 Bramke, Werner: Die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung und den Widerstand aus der Arbeiterbewegung. Defizite und Perspektiven. In: Coppi, Hans/Heinz, Stefan (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Troztkisten, Anarchisten und Zwangsarbeit. Berlin 2012 (= Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus), S. 289–304.

46 Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg 1946.

auch ihre Widerstandsbereitschaft.⁴⁷ Es erschienen im Exil auch mehrere Schriften, die sich gezielt mit dem kommunistischen Widerstand beschäftigten. Sie stammten zumeist aus dem Umfeld der KPD. Zu nennen sind hierbei die drei in der Schweiz erschienenen Schriften von Robert Leibbrand⁴⁸ (selbst Widerstandskämpfer), Wolfgang Langhoff⁴⁹ (lebte bis 1945 im Schweizer Exil) und Friedrich Schlotterbeck⁵⁰ (von 1933 bis 1945 inhaftiert). Ebenfalls im Exil erschien das zweibändige Werk des deutschen Kommunisten Paul Merker,⁵¹ welches aber wegen seiner weitgehenden Unbekanntheit in Deutschland hier ohne großen Einfluss blieb. Diese Bücher ermöglichten dabei einen Einblick in die Praxis des kommunistischen Widerstandskampf innerhalb der KZs und aus dem Exil heraus.⁵² Genaue Hinweise über den Umfang und die Struktur des deutschen politischen Widerstands lagen zu dieser Zeit auch schon vor. So ging aus dem vom Exil-Vorstand der SPD in Großbritannien veröffentlichten »Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitler-Diktatur« hervor, dass ca. 500.000 Deutsche während des Hitlerfaschismus in deutschen KZ aufgrund ihrer politischen und weltanschaulichen Einstellungen inhaftiert waren.⁵³

Eine selbstkritische Analyse hinsichtlich der Fehler der kommunistischen Bewegung und der Partei selbst erfolgte in diesen Werken (für längere Zeit noch) nicht. Lediglich außerhalb der Partei gab es

47 Vgl. Toyka-Seid, *Der Widerstand gegen Hitler und die westdeutsche Gesellschaft*, S. 579.

48 Leibbrand, Robert: *Buchenwald. Ein Tatsachenbericht zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1947.

49 Langhoff, Wolfgang: *Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager*. Zürich 1935.

50 Schlotterbeck, Friedrich: *Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne*. Zürich 1945.

51 Merker, Paul: *Deutschland – Sein oder Nichtsein*. Mexiko Stadt 1944 (Band 1)/1945 (Band 2).

52 Vgl. Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 48.

53 Vgl. Ulrich, *Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft*, S. 94.

selbstkritische Bewertungen von ehemaligen Mitgliedern oder Sympathisanten. Dabei kommt den in Deutschland veröffentlichten Werken von Ossip K. Flechtheim⁵⁴ (trat 1933 aus der KPD aus und gehörte dann zur antifaschistischen Widerstandsgruppe »Neu Beginnen«) und Heinrich Graf von Einsiedel⁵⁵ (Mitbegründer und aktiver Mitarbeiter im NKFD) eine besondere Rolle zu. Flechtheim etwa würdigte den Widerstandskampf der Kommunist_innen, kritisierte aber gleichzeitig die KPD-Führung für ihre »linksradikale Ausrichtung« während der Weimarer Republik, die zu einer Verkennung der Gefährlichkeit der NSDAP geführt habe.⁵⁶ Hinsichtlich des Zusammenbruchs des faschistischen Staates und der Wirksamkeit des kommunistischen Widerstands kam er zu folgender Einschätzung: »[...] die Politik der KPD [hat] vor 1933 so gut wie nichts zur Verhütung des Faschismus beigetragen [...], und auch die ungeheuren Anstrengungen und Opfer, die gerade die kommunistische Bewegung nach 1933 gebracht hat, haben nicht den Sturz des Nationalsozialismus bewirkt. Das Dritte Reich ist nicht von innen überwunden worden, es ist von den übermächtigen äußeren Gegnern militärisch niedergeworfen worden.«⁵⁷ Flechtheim verwies damit auf den opferreichen Kampf der Kommunist_innen, aber gleichzeitig sprach er davon – mit Blick auf die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die Rolle der dortigen KPD/SED –, dass der NS-Staat nicht durch den Widerstand der KPD gestürzt wurde und dieser auch nicht entscheidend war. Somit könne auch nicht von der Übergabe der Macht aus den »Händen der Väter« gesprochen werden und der KPD-Widerstand nicht als Legitimationsgrundlage für einen neuen Staat erhalten.⁵⁸ »Dieses [...] Urteil stieß noch bis in die [...] 70er Jahre hinein in der kommunistischen Bewegung auf Abwehr, es wurde als

54 Flechtheim, Ossip K.: Die KPD und die Weimarer Republik. Offenbach am Main 1948.

55 Einsiedel, Heinrich von: Tagebuch der Versuchung. Berlin 1950.

56 Vgl. Finker, Der Dämon kam über uns, S. 152–153.

57 Flechtheim zitiert nach: Ebd., S. 154.

58 Vgl. ebd., S. 154–155.

»partei feindlich«, als Auswuchs antikommunistischer, imperialistischer Hetze bekämpft.«⁵⁹

Ebenfalls eine kritische Auseinandersetzung mit der Thematik des Widerstands – im speziellen mit dem des NKFD – ermöglichte Graf von Einsiedel mit der Veröffentlichung seiner Erinnerungen im Jahre 1950. In seinem Buch legte er seine Motive zur Mitarbeit beim NKFD dar und verteidigte die Ziele des NKFD, u. a. die Wehrmacht zum Rückzug und zur bedingungslosen Kapitulation zu bewegen, gegen die abwertenden Angriffe von Seiten der Memoirenliteratur.⁶⁰ Er wandte sich insbesondere gegen die von den ehemaligen Kriegsgefangenen erhobenen Vorwürfe des Verrats mit den Worten: »Wenn jemand Deutschland verraten hat, dann Hitler und seine Gesellen, und uns bleibt nichts anderes übrig, als den Tatsachen nüchtern, ohne Illusionen, Rechnung zu tragen.«⁶¹ Die Veröffentlichung von Einsiedel sorgte in der Folgezeit für heftige Auseinandersetzungen während des Kalten Krieges. Zu einem ersten Höhepunkt kam es noch 1950 während einer Veranstaltung im Stuttgarter Landtag, bei der Einsiedel von ehemaligen Kriegsgefangenen vorgeworfen wurde, am Tod von hunderten Soldaten mitschuldig zu sein.⁶²

Letztendlich ist hinsichtlich der Rezeptionsgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu beachten, dass »die Vielfalt der frühen Literatur zum Widerstand [...] nicht darüber hinwegtäuschen [darf], dass diese Schriften kein Massenpublikum zu erreichen vermochten.«⁶³ Das hat seine Ursachen in den Absichten der Alliierten und in den schweren Lebensbedingungen während der Nachkriegszeit, die einen Erwerb solcher Werke nur schwer möglich machten.⁶⁴ Ungeachtet dessen waren die frühen Erinnerungen ein wichtiger

59 Ebd., S. 155.

60 Vgl. ebd., S. 157.

61 Ebd.

62 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 267–268.

63 Toyka-Seid, Der Widerstand gegen Hitler und die westdeutsche Gesellschaft, S. 579.

64 Vgl. ebd.

Ausgangspunkt für weitere Forschungen. So legte etwa der deutsche Historiker Hans Rothfels anknüpfend an diese erste Phase im Jahre 1949 eine Gesamtdarstellung zur deutschen Opposition⁶⁵ vor, welches schließlich für einen Durchbruch in der Widerstandsforschung sorgte.

4. Antikommunistische Widerstandsdarstellung der 1950/60er Jahre

Der sich schon bald nach dem Ende des Krieges immer offensichtlicher werdende Bruch der einstigen Anti-Hitler-Koalition hatte zwar schon in den 1940er Jahren Auswirkungen auf die Widerstandsdarstellung gehabt, doch mit dem Ausbruch des Kalten Krieges und der damit in Verbindung stehenden Spaltung Deutschlands vollzogen sich enorme politische Veränderungen. Bereits Ende der 1940er Jahre wurden in den Westzonen die anfangs noch einbezogenen antifaschistisch-demokratischen Kräfte Schritt für Schritt aus führenden und einflussreichen Positionen verdrängt.⁶⁶ Das bedeutete nicht nur ein Abrücken von den gemeinsam formulierten Prinzipien auf der Dreimächtekonferenz, sondern wirkte sich auch auf die Rezeption und Bewertung des kommunistischen Widerstands aus. In der Bundesrepublik bildete sich ein neues Widerstandsbild heraus, welches vorwiegend von politischen und rechtlichen Vorgaben geprägt war. Unter diesen Rahmenbedingungen wurde der

65 Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Krefeld 1949.

66 Ein Beispiel bezieht sich auf das Pressewesen in den Westzonen: Bei der Vergabe von Lizenzen wurde zunächst darauf geachtet, dass diese nur bewährte Demokraten und Nazi-Gegner erhielten. So war es möglich, dass zu den Lizenzträgern der ersten zugelassenen Zeitung im US-Sektor, der »Frankfurter Rundschau«, auch zwei KPD-Mitglieder, darunter als Chefredakteur der Kommunist und Widerstandskämpfer Emil Carlebach, gehörten. Bereits im Jahre 1947 wurde Carlebach auf Druck der US-Militärbehörden aus der FR verdrängt.

antifaschistische Widerstandskampf nicht nur wie bis dahin zumeist verschwiegen, sondern bis zum Ende der 1960er Jahre hinein von weiten Kreisen bekämpft.

4.1 Der politische Rahmen – Vom KPD-Verbot zur fehlenden Entschädigung

Die insbesondere aus der faschistischen Ideologie resultierenden und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weitverbreiteten antikommunistischen Einstellungen in der Bevölkerung verfestigten und verstärkten sich in den 1950er Jahren. Grundlage dafür waren politische Entwicklungen und Ereignisse in den sozialistischen Staaten (etwa die Blockade Westberlins durch die sowjetischen Besatzungsbehörden 1948/49), die unabhängig von ihrer zeithistorischen Bewertung einen bedeutenden Vorschub für den sich auch in den folgenden Jahrzehnten verstärkenden Antikommunismus in der Gesellschaft leistete, der sich – angestachelt von politischen Kräften von CDU bis zur SPD – auf die Widerstandsdarstellung auswirkte. Eine besonders wichtige Bedeutung kam dabei den Ereignissen bzw. Unruhen am 17. Juni 1953 in der DDR zu, wie der Historiker Kurt Finker verdeutlicht: »Eine Folge war [...] die nahezu vollständige Anerkennung des 20. Juli 1944, der mit dem 17. Juni in Verbindung gebracht wurde: Beide Vorgänge seien Aufstände gegen den ›Totalitarismus‹ gewesen. Daraus folgte zwangsläufig die Gleichsetzung des faschistischen Deutschland mit der DDR.«⁶⁷ Die von Finker angesprochene Totalitarismuskonzeption,⁶⁸ die in den 1950er Jahren ihre erste Blütezeit erlebte,

67 Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 318.

68 Die Totalitarismuskonzeption besagt im Kern, dass faschistische und kommunistische Gesellschaftssysteme und Parteien durch gemeinsame »totalitäre Züge« gekennzeichnet sind. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen erläutert der Historiker Reinhard Kühnl treffend: »Die allgemeine Aussage lautet, dass die, die in der Mitte sind, sich gleichermaßen gegen linken und rechten Extremismus wenden müssen. Das ist die logische Konsequenz. Die politische Konsequenz ist aber eine ganz

sollte entscheidenden Einfluss auf die Darstellungen und Bewertungen des kommunistischen Widerstands haben. So führte sie letztendlich zu einer Differenzierung des Widerstandsbegriffes, da sie die Bewertung der Motive und Ziele des Widerstandes in den Mittelpunkt rückte und normativ am Maßstab der Nachkriegsdemokratie ausrichtete. Daraus resultiert schlussendlich eine Unterscheidung zwischen »gutem« und »schlechtem« Widerstand.⁶⁹ Widerstandsziele wurden deshalb nach politischer Opportunität unterschieden, was zu einer Gegenüberstellung von einem sogenannten »freiheitlich-demokratisch-antitotalitären« und einem »kommunistisch-totalitären Widerstand« führte. Eine Würdigung sollte nur dem »demokratisch-antitotalitären Widerstand« zuteilwerden, wohingegen andere Widerstandsformen abzulehnen waren. Diese vorgenommene Unterscheidung des Widerstands setzte sich in westdeutschen Universitäten, den Massenmedien, der politischen Bildung, im Sprachgebrauch und nicht nur im Gedankengut von Politiker_innen, sondern auch von großen Teilen der Bevölkerung durch. Das hatte direkte Auswirkungen bezüglich der Bewertung und Anerkennung des kommunistischen Widerstands, gegen dessen Würdigung sich vielfach ausgesprochen worden ist.⁷⁰

andere: entschiedener Kampf gegen die Linken und Duldung der Rechten.« (Kühnl, Reinhard: Zur Rolle der Totalitarismuskonzeption. In: Antifaschistische Initiative in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Wie Faschismus entsteht – und verhindert wird. Materialien vom Antifaschistischen Kongress Mannheim, Frankfurt am Main 1980, S. 52.)

69 Vgl. Mallmann, Klaus-Michael: Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 115.

70 Vgl. Steinbach, Peter: »Gescheitert, aber nicht erfolglos!« Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spannungsverhältnis von Erinnern, Gedenken und historischer Forschung in der Nachkriegszeit. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2012, H. 9, S. 754.

In engem Zusammenhang mit dem sich verstärkenden Antikommunismus stand auch der politische und rechtliche Umgang mit den einstigen Widerstandskämpfer_innen und immer noch aktiven Kommunist_innen. Die bereits Ende der 1940er Jahre einsetzende systematische Verdrängung von Kommunist_innen aus dem öffentlichen Dienst wurde unmittelbar nach dem Beginn des Kalten Krieges massiv verschärft. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war das Verbot der KPD im Jahre 1956 durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), welches die Partei als verfassungsfeindlich einstufte. Vorausgegangen waren bereits mehrere Verbote gegen der Partei nahestehende Organisationen, wie etwa der Freien Deutschen Jugend im Jahre 1951. Infolge des Verbots wurden ca. 250.000 Ermittlungsverfahren gegen Parteiangehörige, Sympathisanten und weitere vermeintliche Kommunist_innen eingeleitet. Vom Bundesgerichtshof bis zu den einzelnen Landgerichten wurden dabei knapp 10.000 Zucht- und Gefängnisstrafen verhängt. Die einstigen kommunistischen Widerstandskämpfer_innen wurden somit erneut Opfer von Verfolgungsmaßnahmen, die in nicht seltenen Fällen einen erheblichen Umfang⁷¹ hatten.⁷² Zusätzlich zu den Haftstrafen kam erschwerend hinzu, dass sich politische Erklärungen und Bewertungen aus dem Verbotsverfahren in den allgemeinen Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) wiederfanden, was sich auf die Bestimmung des Widerstandsbegriffs auswirkte und nicht zuletzt die Aberken-

71 Als ein Beispiel für die erlittenen Verfolgungsmaßnahmen unter dem NS-Staat und der BRD steht die politische Verfolgung des deutschen Kommunisten Karl Schabrod. Seit 1924 war er Mitglied der KPD gewesen. Aus diesem Grunde saß er fast ununterbrochen bis zum Ende des NS-Regimes in Zuchthäusern und KZ. Nach dem KPD-Verbot 1956 wurde er erneut verhaftet und zu 29 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon er elf absaß. Die Eigenschaft als »politisch Verfolgter« wurde ihm 1959 aberkannt. (Vgl. DER SPIEGEL: Gegen Flick und Florian. Aus dem Verfolgten-Leben des Kommunisten Karl Schabrod. In: DER SPIEGEL 1979, H. 13, S. 110.)

72 Vgl. Balzer, Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit, S. 10.

nung von Entschädigungszahlungen für die Wiedergutmachung von Verfolgungsschäden bedeutete. Ihren juristischen Widerhall findet sich in § 1 Abs. 4 BEG wieder. Dort heißt es in Hinblick auf die Ausschlussstatbestände: »Keinen Anspruch auf Entschädigung nach diesem Gesetz hat, 1. wer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet hat; 2. wem nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind; 3. wer nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden ist; 4. wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft.«⁷³

Die genannten Ausschlussgründe brachten die schon seit 1949 einsetzenden Auseinandersetzungen rund um den kommunistischen Widerstand auf den Punkt. So findet sich im ersten Ausschlussstatbestand die Diskussion über das Scheitern der Weimarer Republik und dem damit scheinbar ermöglichten Aufstieg der Nazibewegung wieder. Dementsprechend wurden Verfolgte von der Wiedergutmachung ausgeschlossen, wenn sie keinen Beitrag zur Verteidigung der Weimarer Republik geleistet hatten.⁷⁴ Zusätzlich wurde im vierten Ausschlussstatbestand »die Frage nach der demokratischen und freiheitlichen Qualität aufgeworfen [...], die ihren Widerstand von denjenigen Widerstandsarten unterscheiden sollte, die mit der freiheitlich-demokratisch Grundordnung, die das neugeschaffene Bundesverfassungsgericht ein Jahr [zu]vor [...] in den Grundzügen bestimmt hatte, nicht übereinstimmten«.⁷⁵ Gemessen wurde der Widerstandskampf nun anhand der ihm zugrunde liegenden Motive und Absichten hinsichtlich der angestrebten Erneuerung nach dem NS-Regime. Das Widerstandsrecht wurde verbunden mit dem Recht

73 BEG zitiert nach: Steinbach, Peter: Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld. In: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 602.

74 Vgl. ebd.

75 Ebd.

zur Verteidigung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«.⁷⁶ Daran anknüpfend waren laut § 6 Abs. 1 Nr. 2 BEG »von der Entschädigung ausgeschlossen [...], wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat«.⁷⁷ Hierbei kommt das politische und rechtliche Bemühen zum Ausdruck, »die Widerstandshandlungen generalisierend als antitotalitäres Verhalten zu charakterisieren und undifferenziert mit der Vorstellung von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verknüpfen«.⁷⁸ Mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 BEG wurde außerdem der zu prüfende Bezugsrahmen für die Anerkennung von Entschädigungszahlungen auf das politische Wirken der Betroffenen für die Zeit nach 1949 ausgeweitet. Als Rechtfertigung für diese Bestimmungen diente der 17. Juni 1953 in der DDR. Den Angehörigen der KPD drohte damit bereits vor dem Parteiverbot der Ausschluss von den Entschädigungszahlungen.⁷⁹

Im Laufe des KPD-Prozesses kam es dann zu einer weiterer repressiven Entwicklung des bestehenden auf Ausschluss des kommunistischen Widerstands gerichteten Rechts. Das BVerfG betonte Mitte der 1950er Jahre, dass »Widerstand [...] nur dann als vollwertig anzuerkennen und gerechtfertigt [sei], wenn er aus dem ›Zentrum der Macht‹ erfolge und dabei auf den Umsturz des Gesamtsystems ziele«.⁸⁰ Mit Hilfe dieser Reduzierung der Dimensionen von Widerstand konnte die Verengung des Widerstands auf seine militärisch-konservativen Dimensionen (s. u.) legitimiert und gefestigt werden.⁸¹ Widerstandsformen, die sich nicht auf dieser Ebene abspielten – dazu

76 Vgl. ebd., S. 605.

77 BEG zitiert nach: Balzer, Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit, S. 10.

78 Ueberschär, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«?, S. 126.

79 Vgl. Steinbach, Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld, S. 605.

80 E. Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 742.

81 Vgl. Steinbach, Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?, S. 115.

gehörte der kommunistische Widerstand – wurden dementsprechend an den Rand gedrängt oder als solche nicht mehr anerkannt. Außerdem führte die Entscheidung des BVerfG über das Verbot der KPD, die als eine verfassungsfeindliche Partei eingestuft worden war, zur endgültigen Anwendung der Ausschlussparagrafen gegenüber den Angehörigen des kommunistischen Widerstandskampfes. Ihnen wurden mit Verweis auf die Ausschlussstatbestände die Entschädigungszahlungen verwehrt.⁸² Der schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit auftauchende und in den 1950er Jahren immer weiter verbreitete Vorwurf, dass der KPD-Widerstand kein legitimer Teil des Widerstands gegen das NS-Regime gewesen war, fand seinen rechtlichen Ausdruck. Die entsprechenden Vorwürfe konnten dabei sogar mit dem BEG gesetzlich untermauert werden. Diese Bestimmungen blieben bis Anfang der 1960er Jahre unverändert bestehen. Erst dann entschied das BVerfG, dass lediglich solche Personen von der Entschädigung auszuschließen seien, die nach dem Parteiverbot weiterhin aktiv die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« bekämpften. Damit wurden auch weiterhin viele Kommunist_innen die Entschädigung verweigert.⁸³ In einem Artikel (»Nachts kommt das KZ zurück«) im SPIEGEL aus dem Jahre 1979 heißt es dazu: »Wer [...] also seiner kommunistischen Überzeugung treu geblieben war, wurde vom Bonner Gesetzgeber in der Aufzählung der Entschädigungswürdigen quasi zwischen Kriminelle und NSDAP-Mitglieder eingereiht.«⁸⁴ Unter diesen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der 1950er Jahre wird auch die von der deutschen Öffentlichkeit zunächst weitgehend akzeptierte Verwerfung und Ächtung des kommunistischen Widerstands zumindest nachvollziehbar.

82 Vgl. Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 742.

83 Vgl. Wassermann, Rudolf: Widerstand als Rechtsproblem. Zur rechtlichen Rezeption des Widerstandes gegen das NS-Regime. In: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik. Berlin 1998, S. 257.

84 DER SPIEGEL: Nachts kommt das KZ zurück. SPIEGEL-Reportage über ehemalige NS-Verfolgte in der Bundesrepublik (II). In: DER SPIEGEL 1979, H. 13, S. 104.

4.2 Neues Widerstandsbild infolge der veränderten politischen Rahmenbedingungen

Der Ausbruch des Kalten Krieges und die Spaltung Deutschlands entlang des »Eisernen Vorhangs« hatten enorme Auswirkungen auf die Erinnerung und Würdigung des Widerstands. In beiden Teilen Deutschlands waren die Folgen zwar von Grund auf verschieden, aber eine wesentliche Gemeinsamkeit bestand: Die Widerstandsdarstellung war noch mehr als vorher abhängig von den jeweiligen Besatzungsmächten.⁸⁵ So wurde im westlichen Teil Deutschlands mit der »Gründung der Bundesrepublik und ihrer Einbeziehung in das von den USA geführte westliche Bündnis 1948/49 im Zeichen des Kalten Krieges [...] auch das Geschichtsbild den neuen Bedingungen angepasst.«⁸⁶ Hierbei sind insbesondere drei wichtige Aspekte hervorzuheben, auf die im Folgenden näher eingegangen werden muss: Erstens kam es im Sinne einer »moralischen Rehabilitierung der Deutschen« zu einer weitgehenden Anerkennung der Tatsache, dass es einen (legitimen) deutschen Widerstand gegen das NS-Regime gegeben hatte. Zweitens wurde festgestellt, dass dieser Widerstand wesentlich von Kirchen und bürgerlich-konservativen Widerstandskreisen (dazu gehört der militärische Widerstand) ausging. Drittens wurde erklärt, dass zwischen dem Widerstandskampf der Männer und Frauen des 20. Juli 1944 und dem sich neu konstituierten westdeutschen Staat eine Verbindung im Sinne einer Traditionslinie gäbe.⁸⁷ Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand erschien in einem ganz anderen Lichte als in den 1940er Jahren. Im Vordergrund stand jetzt die von den Westalliierten angestrebte Stabilisierung Westdeutschlands.⁸⁸

85 Vgl. Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 291.

86 Ebd., S. 315.

87 Vgl. ebd.

88 Vgl. Kettenacker, Lothar: *Die Haltung der Westalliierten gegenüber Hitlerattentat und Widerstand nach dem 20. Juli 1944*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hg.): *Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik*. Berlin 1998, S. 28.

Der erste Aspekt, die »moralische Rehabilitierung«, muss in Verbindung mit der seit den 1950er Jahren zunehmenden öffentlichen Thematisierung der Naziverbrechen gesehen werden. Die Erinnerung an den Widerstand bot diesbezüglich »in zunehmendem Maße die Möglichkeit, den Schreckensbildern das Bild eines zumindest in Teilbereichen moralisch intakten Deutschland[s] entgegenzustellen«. ⁸⁹ Damit im Zusammenhang steht der zweite Aspekt der Verengung des Widerstands auf bestimmte Kreise. So setzte in den 1950er Jahren eine entscheidende Wende ein, »als nun der Widerstand der ›Eliten‹, der kirchlichen wie der weltlichen, in das Zentrum des öffentlichen Gedenkens gerückt wurde, wobei zu den Eliten nicht Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung gerechnet wurden«. ⁹⁰ In den frühen 1950er Jahre kam es somit zur weitgehend einseitigen Hervorhebung des kirchlichen und militärisch-konservativ geprägten Widerstands, der als »Ausdruck der Gewissensentscheidung gegen das verbrecherische System der Nationalsozialisten« gesehen wurde. In den Mittelpunkt der Darstellungen und Deutungen rückte dabei die Aktion des 20. Juli 1944. ⁹¹ Diese Hervorhebung bestimmter Widerstandskreise standen in einem engen Zusammenhang mit der von den einstigen westlichen Besatzungsmächtigen angestrebten Integration der BRD in die westlichen Bündnisse ⁹² und der (von der BRD-Regierung selbst vorangetriebenen) deutschen Wiederaufrüstung. Politische Motive im Rahmen des Kalten Krieges waren demnach bestimmend für das neue eingeschränkte Widerstandsbild im Westdeutschland. ⁹³

89 Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?*, S. 106.

90 Bramke, *Die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung und den Widerstand aus der Arbeiterbewegung*, S. 292.

91 Vgl. Ueberschär, *Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«?*, S. 125–126.

92 Höhepunkt war die Aufnahme der BRD in die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) im Jahre 1955.

93 Vgl. Wetzel, *Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989*, S. 797.

Hinsichtlich des dritten Aspekts, der »moralischen Legitimierung des neugegründeten Staates«, kam insbesondere dem Widerstand der sogenannten »Weißen Rose« um die Geschwister Scholl eine große Bedeutung zu. Der Widerstand dieser Gruppe von jungen Student_innen wurde »zu einem Idol des Widerstands, zum Kern einer moralischen Neubesinnung aus dem Geist des Widerstands«, dessen Darstellung »eine politisch-kulturell prägende Wirkung für die Nachkriegsdemokratie entfalten sollte«. ⁹⁴ Eine solche Darstellung kam vor allem denjenigen gelegen, die Deutschland wieder einen Platz in der Welt verschaffen wollten und deshalb diese Form des Widerstands als Ausdruck eines anderen und besseren Deutschlands (um)deuteten. Dem liegt nach dem Historiker Peter Steinbach folgendes Verständnis von Widerstand zugrunde: »Die Regimegegner hätten sich der ›Vollmacht‹ ihres ›Gewissens‹ gebeugt, das vor allem die Menschenwürde zum Maßstab gemacht habe. Dies sei ein Bekenntnis zu den Werten, die sich in der Verfassung des Grundgesetzes spiegelten, zum rechtlich gefundenen und sich selbst auf die Menschenwürde verpflichtenden Verfassungsstaat.« ⁹⁵ Der Verweis auf das »bessere Deutschland« diene dementsprechend der Schaffung einer westdeutschen Traditionsgrundlage sowie der Begründung und Stabilisierung einer sich als demokratisch verstandenen politischen Kultur. ⁹⁶ Zur Formung eines solchen Widerstandsbildes haben dann die Veröffentlichungen von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und von einzelnen Mitgliedern des Widerstands selbst beigetragen.

94 Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?*, S. 106.

95 Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 739.

96 Vgl. Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?*, S. 106–107.

4.3 Ausgrenzung und Leugnung des kommunistischen Widerstands

Das neue Widerstandsbild spiegelte sich in den verschiedenen Formen des öffentlichen Gedenkens wider. Darunter in den seit Mitte der 1950er Jahre jährlich stattfindenden Gedenkfeiern in Berlin und Bonn zu Ehren der Widerstandskämpfer_innen des 20. Juli 1944. Auch Gedenkreden anlässlich von Jahrestagen und andere Gedenkveranstaltungen mit dem Schwerpunkt auf dem kirchlichen und militärischen Widerstand etablierten sich in der BRD.⁹⁷ Für eine Erinnerung an den kommunistischen Widerstand war in diesen Gedenkveranstaltungen bis zur Rede von Bundespräsident Heinrich Lübke im Jahre 1964 und noch darüber hinausgehend lange Zeit kein Platz. Im Gegenteil, aufgrund der politischen Situation während des Kalten Krieges blieb der kommunistische Widerstand »jahrzehntelang [...] ausgegrenzt [und] seine Würdigung [wirkte] wie eine Anerkennung des »Pankow-Regimes« – wie man damals sagte – und dessen Spitzen Pieck und Ulbricht, die ja bereits im Moskauer Exil die KPD repräsentiert hatten«. ⁹⁸ Doch nicht nur beim öffentlichen Gedenken, sondern auch in der wissenschaftlichen Forschung wurde der kommunistische Widerstand weitgehend verschwiegen. Es setzte zwar mit der Veröffentlichung von Rothfels ein Wandel dahingehend ein, dass immer mehr Verlage nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus ökonomischen Gründen daran interessiert waren, Arbeiten zur Geschichte des Widerstands zu veröffentlichen. Allerdings wirkten sich die Verengung des Widerstandsbegriffs sowie die Fixierung auf bestimmte Widerstandskreise und die u. a. von Rothfels vorgenommene Trennung von Politik und Ethik entscheidend auf die Darstellung der sozialistischen und kommunistischen Opposition aus. So enthielt die Standardliteratur der 1950er und 1960er Jahre entweder keine Erläuterungen oder nur knappe Hinweise zu diesen

97 Vgl. Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 741–742.

98 Mallmann, *Kommunistischer Widerstand 1933–1945*, S. 115.

Formen des Widerstands.⁹⁹ Die erschienenen Erinnerungsberichte und Darstellungen befassten sich fast ausschließlich mit dem militärisch-konservativen und christlichen Widerstand. Veröffentlichungen zum Widerstand der KPD machten insgesamt nur fünf bis acht Prozent aus. Hinzu kam, dass die in der DDR zu dieser Zeit erschienen zahlreichen Bücher und Artikel mit den darin enthaltenen Nachweisen über Umfang und Form des kommunistischen Widerstands fast vollständig ignoriert wurden.¹⁰⁰ Das spiegelte laut dem britischen Historiker Allan Merson »ein Dogma wider, das von westlichen Autoren im Kalten Krieg weitgehend akzeptiert wurde, mit dem Ergebnis, dass kommunistische Aktivitäten [...] nicht verdienten, unter dem ehrenvollen Begriff Widerstand eingeordnet zu werden. Auf dieser Grundlage fühlten sich viele nichtmarxistische Historiker des deutschen Widerstands berechtigt, DDR-Arbeiten bis weit in die 1960er Jahre hinein zu ignorieren.«¹⁰¹ Auch die vom westdeutschen Autor und einstigen Nazi-Gegner Weisenborn im Jahre 1953 herausgegebene Darstellung »Der lautlose Aufstand« fand keinen Niederschlag in der Forschung. In seinem »Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes« berichtete er umfangreich über verschiedene linke Widerstandsgruppen, u. a. von Anarchosyndikalist*innen, vom Roten Stoßtrupp und auch von Kommunist*innen. Weisenborn schrieb dazu: »Während das Bürgertum erst allmählich begriff, dass gegen die Hitlerdiktatur nur der aktive Widerstand angebracht sei, wussten die Linksgruppen von vornherein, welche Haltung sie einzunehmen hatten. Sie hatten bereits vor 1933 im Kampf gegen die aufkommende Hitlerbewegung gestanden.«¹⁰² Neben Weisenborns Werk blieben auch die in den 1960er Jahren veröffentlichten Dissertationen im Umkreis der Marburger Abend-

99 Vgl. Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?*, S. 115.

100 Vgl. Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 313.

101 Merson, *Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland*, S. 19.

102 Weisenborn, *Der lautlose Aufstand*, S. 145.

roth-Schule¹⁰³ ohne besonderen Widerhall in der westdeutschen Forschung und Öffentlichkeit. In diesen Arbeiten hatten sich die Autor_innen mit verschiedenen kommunistischen Widerstandsgruppen beschäftigt und deren Handeln gewürdigt.¹⁰⁴ Die Ausgrenzung des antifaschistischen Widerstands der KPD wurde in der BRD demnach nicht aufgrund fehlender Nachweise, Forschungsergebnisse oder vorliegender Darstellungen vorgenommen, sondern das vorhandene Material wurde bewusst nicht einbezogen oder zumindest nicht angemessen ausgewertet.¹⁰⁵

Über das Nichterwähnen des kommunistischen Widerstands hinaus geht die in vereinzelt Fällen nachträglich erfolgte Ausklammerung. Beispielgebend hierfür steht das Erinnerungsbuch »Offiziere gegen Hitler«¹⁰⁶ von Fabian von Schlabrendorff. Sein zum Bestseller avanciertes Buch erschien im Laufe der Jahrzehnte in mehreren Auflagen, die sich inhaltlich voneinander unterschieden. Die erste Auflage von 1946 enthielt noch eine positive Würdigung des kommunistischen Widerstands. In den Auflagen der 1950er Jahre wurden solche Darstellungen gestrichen und demgegenüber die Widerstandsgruppe um Harnack/Schulze-Boysen moralisch diskreditiert und abgewertet (s. u.). Das blieb bis zur Auflage 1984 so, dann wurde der kommunistische Widerstand wieder ausgeklammert.¹⁰⁷

103 Zu nennen sind hier vor allem folgende Dissertationen: Tjaden, Karl-Heinz: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Meisenheim am Glan 1964; Link, Werner: Die Geschichte des Internationalen Jugend Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Meisenheim am Glan 1964; Ihlau, Olaf: Die Roten Kämpfer. Meisenheim am Glan 1969.

104 Vgl. Peuckert, Die KPD im Widerstand, S. 17.

105 Vgl. Merson, Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, S. 19.

106 Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler: nach einem Erinnerungsbericht. In mehreren Auflagen erschienen, u. a.: Zürich 1946; völlig neue Bearb. des 1946 erschienenen Buches, Zürich 1951; Ungek. Ausg., Frankfurt am Main 1959; Neue, durchges. und erw. Ausg., Berlin 1984.

107 Vgl. Steinbach, Peter: Widerstand im Widerstreit, S. 114.

Ein weiteres Beispiel für die Leugnung des kommunistischen Widerstands stellt das von dem damals bundesweit bekannten Historiker Gerhard Ritter in mehreren Auflagen veröffentlichte monumentale Werk über den deutschen Widerstandskämpfer Carl Friedrich Goerdeler¹⁰⁸ dar. Ritter sprach darin als stellvertretend für den kommunistischen Widerstand den Kreis um Harnack/Schulze-Boysen an, doch »diese Darstellung diene [...] nur zur Erklärung dafür, warum er diese Aktivitäten in seinem Buch weggelassen hatte, indem er offen erklärte, Kommunisten hätten keinen Platz in einer Geschichte des Deutschen Widerstands«. ¹⁰⁹ Diese ausgrenzende Darstellung des kommunistischen Widerstands in Form seiner Leugnung erfolgte in ähnlicher Weise in den meisten westlichen Arbeiten der 1950er und 1960er Jahre – was über die BRD hinaus ging. Die Bücher von Ritter, Rothfels und von Schlabrendorff, die allesamt ins Englische übersetzt und von den britischen und amerikanischen Autor_innen weitestgehend unkritisch übernommen wurden, verstärkten schließlich noch »den Eindruck, dass es vor 1937 keinen bedeutenden antifaschistischen Widerstand gegeben habe und dass er danach fast ausschließlich aus einer kleinen Minderheit von Kirchenvertretern, Adligen, Generälen und anderen Konservativen gekommen sei. Der Umgang mit dem kommunistischen Widerstand reihte sich letztendlich ein in das bis zum Ende der 1960er Jahre andauernde Verschweigen des deutschen Arbeiterwiderstands.¹¹⁰

4.4 Beispiele für die Delegitimierung des kommunistischen Widerstands

Der kommunistische Widerstand wurde aber nicht nur bewusst ausgeblendet, sondern ihm und dem gesamten Arbeiterwiderstand wurde sogar die Legitimationsbasis streitig gemacht, so dass große

108 Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile. Stuttgart 1954.

109 Merson, Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, S. 18.

110 Vgl. Ueberschär, Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«?, S. 126.

Bereiche der Widerstandsbewegung in den Darstellungen nicht nur unberücksichtigt blieben, sondern auch offen abgelehnt worden sind. Hierbei knüpfte man oftmals bewusst an die Bestimmungen in § 1 Abs. 4 Nr. 1 BEG (s. o.) an. Beispielsweise wenn es um die Frage ging, inwieweit die Kommunist_innen mitverantwortlich waren für das Ende der Weimarer Republik. Für die meisten Autoren stand dabei fest, dass die Kommunist_innen nichts zu deren Erhaltung beigetragen haben und diese sogar aktiv bekämpften.¹¹¹ In Ritters Werk hieß es diesbezüglich noch bis zur Auflage im Jahre 1983: »Die Kommunistische Partei ist in jenen Jahren mit bemerkenswertem Ungeschick geführt worden. Ihr ständiges Zusammengehen mit den Nationalsozialisten in der unbedingten Opposition gegen die Regierungen der Mitte hat während der großen Krise 1930–1933 sehr viel dazu beigetragen, den Bestand der Weimarer Republik zu erschüttern [...] und somit den Weg für Hitler ebnen helfen.«¹¹² Die von Ritter vorgenommene Bewertung des KPD-Widerstands enthält Deutungen, die maßgeblich von der Totalitarismuskonzeption beeinflusst waren. Er nahm etwa eine gewisse Gleichsetzung zwischen der KPD und der NSDAP vor, da angeblich nach 1933 eine sehr große Zahl von Kommunist_innen in die SA eingetreten war. Trotz der negativ konnotierten Einschätzung benennt Ritter die hohen Verluste, welche die KPD im Sommer 1933 mit ca. 20.000 Verhafteten hinnehmen musste, und er sprach von deren organisiertem Widerstand.¹¹³

Bei der Delegitimierung des kommunistischen Widerstands bezog man sich in der Literatur zwar auch auf die Rolle der KPD während der Weimarer Republik, aber eine weit wichtigere Bedeutung kam dem Aspekt des »Verrats« zu. Finker bringt den Kern des Vorwurfs und dessen Auswirkungen wie folgt auf den Punkt: »Dazu [zur Delegitimierung des kommunistischen Widerstands] dient u. a. auch die nicht nur juristische, sondern auch politisch-moralische

111 Vgl. Steinbach, *Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie?*, S. 116.

112 Ritter, *Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung*, S. 96.

113 Vgl. ebd.

Unterscheidung von »Hochverrat« und »Landesverrat«. So seien militärische Opposition und Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 ein politischer Machtkampf gewesen, also »Hochverrat« – der früher nur mit Festungshaft bestraft wurde, damit *moralisch* integer. Der kommunistische Widerstand dagegen (politische »Zersetzungsarbeit«, Rüstungsabotage, Desertion, Kundschaftertätigkeit, Informationsübermittlung an den »Feind«, Teilnahme am militärischen Kampf gegen die faschistische Wehrmacht, Bewegung »Freies Deutschland«) sei kein Widerstand, sondern Landesverrat und damit antinational, verabscheuungswürdig, kriminell.«¹¹⁴ Dem Verratsvorwurf war damit der ganze kommunistische Widerstand ausgesetzt. Betroffen davon waren bis in die 1960er Jahre vor allem die Widerstandsgruppen um Harnack/Schulze-Boysen und die Angehörigen des NKFD/BDO. Ihnen wurde neben Verrat auch die Zusammenarbeit mit einer anderen »Diktatur« vorgeworfen. Es erschien diesbezüglich eine umfangreiche Literatur, in der sich solche Vorwürfe wiederfanden.¹¹⁵ Es muss deshalb näher auf die Darstellung und Bewertung dieser beiden sich im Einflussbereich des kommunistischen Widerstandes bewegendenden Widerstandsformen eingegangen werden.

4.4.1 Die »Rote Kapelle« – Spionage, Landesverrat und Verschwörung

Auf die Tätigkeiten der Gruppe um Harnack/Schulze-Boysen wurde oftmals die gesamte Bewertung des kommunistischen Widerstands reduziert. Damit war diese Gruppe auch den meisten Angriffen ausgesetzt.¹¹⁶ Nach den in der unmittelbaren Nachkriegszeit erfolgten

114 Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 315.

115 Vgl. Steinbach, *Widerstand im Widerstreit*, S. 234.

116 Vgl. Buck, Hans-Robert: *Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945*. Augsburg 1969 (= Veröffentlichungen des Seminars für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas an der Universität München, Bd. I), S. 202.

positiven Würdigungen¹¹⁷ erschienen in den 1950er Jahren vor dem Hintergrund der neuen politischen Rahmenbedingungen viele Darstellungen, die negative Bewertungen enthielten. Die Gruppe wurde nun als »organisierte Verschwörung« und als »Spionagebetrieb« abgewertet. Eine wichtige Rolle bei der Delegitimierung spielte Schlabrendorff mit seinem Werk »Offiziere gegen Hitler« aus dem Jahre 1959. Er sah in den Angehörigen der sogenannten »Roten Kapelle« Hoch- und Landesverräter, die von einer »auswärtigen Macht« vollständig abhängig gewesen seien und letztendlich keine ethischen Ziele wie andere deutsche nicht kommunistische Widerstandskämpfer_innen verfolgt hätten.¹¹⁸ Im Wortlaut schrieb Schlabrendorff dazu: »Das Ziel der Organisation »Rote Kapelle« war der Sturz des Hitler-Regimes und die Errichtung eines kommunistischen Staates nach sowjetrussischem Muster. [...] Die angewandten Mittel waren, strafrechtlich gesehen, hoch- und landesverräterischer Art. Der primäre und entscheidende Teil der Betätigung der »Roten Kapelle« bestand [...] im unmittelbaren Nachrichtendienst für die Sowjet-Union. [...] Geplante deutsche Angriffsunternehmen im Osten, der beabsichtigte Einsatz landeseigener Verbände und Luftlandeunternehmen hinter der feindlichen Front wurden ermittelt und verraten.«¹¹⁹ Schlabrendorff reduzierte damit das Wirken der »Roten Kapelle« auf angebliche »Spionagetätigkeiten« im Interesse der Sowjetunion – er beschreibt dabei eine völlige Steuerung durch »Moskau«. Dabei sieht er sogar die Folgen der »Spionage« als verheerend für Deutschland und im speziellen für die deutschen Soldaten an.¹²⁰ Eine solche negative Interpretation und Bewertung der Widerstandstätigkeit der Gruppe fand sich auch bei Ritter. Er bezeichnete die Gruppenmitglieder in seinem schon vorher erschie-

117 Rudolf Pechel etwa führte die Gruppe in seinem 1947 erschienenen Buch »Deutscher Widerstand« als gleichberechtigt auf.

118 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 234.

119 Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. Frankfurt am Main 1959, S. 78–79.

120 Vgl. ebd., S. 77–79.

nen Werk zu Goerdeler als »Edelkommunisten, die nicht nur der Hass gegen Hitler«, sondern auch »der Reiz des geistigen Abenteuer«, »unklarer sozialer Enthusiasmus«, schließlich die »Bewunderung der technisch-ökonomischen Leistung des bolschewistischen Systems« dazu geführt haben, »sich bedingungslos dem Landesfeind [...] zur Verfügung« zu stellen.¹²¹ Bei seiner Bewertung griff Ritter unkritisch auf die Ermittlungsergebnisse der Gestapo zurück und übernahm die darin enthaltene Einschätzung, dass es sich bei der Gruppe um eine internationale Spionageorganisation mit weitreichenden Verbindungen zur Sowjetunion handelte. Sich auf die Gestapo-Akten berufend kommt er schließlich zu folgendem Ergebnis: »[...] mit »deutschem Widerstand« hatte diese Gruppe offenbar nichts zu tun; [...]. Sie stand ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslandes. Sie bemühte sich nicht nur, deutsche Soldaten zum Überlaufen zu bewegen, sondern verriet wichtige militärische Geheimnisse zum Verderben deutscher Truppen. Wer dazu als Deutscher imstande ist, mitten im Kampf auf Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlandes losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes.«¹²² Ritters Argumentation enthält, genau wie bei Schlabrendorff und anderen AutorInnen (u. a. auch Hans Rothfels), den Vorwurf des Landesverrats, weil die Mitglieder der Gruppe mit der Sowjetunion zusammengearbeitet hatten und somit Deutschland (im Sinne einer Art »Dolchstoßlegende«) »in den Rücken gefallen waren«.¹²³ Außerdem wird deutlich, dass Ritter den Vorwurf des Landesverrats sowohl aus juristischer als auch aus politischer Perspektive als gerechtfertigt ansah. Für ihn und andere wurde letztendlich »der Prozess vor dem Reichskriegsgericht, in einwandfreier Form durchgeführt« und dieser konnte »nicht anders als mit einer Massenhinrichtung enden«.¹²⁴ Man kann hierin eine Rechtfertigung für die Ermordung der WiderstandskämpferInnen erken-

121 Ritter zitiert nach: Steinbach, *Widerstand im Widerstreit*, S. 234.

122 Ritter, *Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung*, S. 103.

123 Vgl. Wetzel, *Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989*, S. 799.

124 Ritter, *Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung*, S. 103.

nen. Es verwundert deshalb nicht, dass die Positionen von Ritter und Schlabrendorff auch in der neonazistischen Literatur ihren gewichtigen Niederschlag fanden. Für den ehemaligen SS-Untersturmführer und späteren rechtsradikalen Publizisten Erich Kernmayr waren es gerade »Landesverräter wie Schulze-Boysen, Harnack und andere [...] die Hunderttausende, wahrscheinlich sogar Millionen von deutschen Soldaten auf dem Gewissen«¹²⁵ haben. Auch andere AutorInnen wie etwa der einstige NS-Diplomat Paul Carell in seinem Buch »Verbrannte Erde«¹²⁶ nahmen die Verratsvorwürfe und die scheinbar verheerenden Folgen für die deutschen Truppen auf. Laut Carell sei es »nicht zuletzt [...] durch den Verrat der Roten Kapelle [...] der sowjetischen Führung gelungen, die Schlacht im Kursker Bogen (1943) zu gewinnen«.¹²⁷ Die ganz im Zeichen des Kalten Krieges stehende Darstellung von Ritter leistete für solche Interpretationen einen enorm wichtigen Beitrag. Das zeigte sich auch bei der Bewertung der Ziele der Widerstandsgruppe. Hierbei legte Ritter nochmals nach: »Die ›Rote Kapelle‹ wollte Russlands Sieg, um mit russischer Hilfe in Deutschland einen kommunistischen Staat nach sowjetrussischen Muster zu errichten – einen Staat, den die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich nur mit Gewalt hätte aufzwingen lassen und der schon diesem seinem Ursprung nach ein sowjetrussischer Vasallenstaat hätten werden müssen, so gut wie heute Polen und die Tschechoslowakei. Von deutscher Freiheit war dann keine Rede mehr [...].«¹²⁸ Es wird hier deutlich, dass Ritter eine Verbindung zwischen dem Widerstand der Gruppe und den sozialistischen Staaten in Osteuropa zog. Er stellte dabei vor allem einen Zusammenhang zwischen dem kommunistischen Widerstand und der SED-Führung her. Ritter bewegt sich auch hier im Rahmen der Totalitarismuskonzeption,

125 Kernmayr zitiert nach: DER SPIEGEL: Spionage/Rote Kapelle. Kennwort Direktor. In: DER SPIEGEL 1968, H. 21, S. 82.

126 Carell, Paul: Verbrannte Erde. Verbrannte Erde. Schlacht zwischen Wolga und Weichsel. Berlin 1964.

127 DER SPIEGEL, Spionage/Rote Kapelle. Kennwort Direktor, S. 82.

128 Ritter, Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung, S. 104.

indem er das endgültige Ziel der Gruppe als die Verwirklichung einer anderen »totalitären Diktatur«, die beim Blick auf die damals existierenden sozialistischen Staaten laut Ritter zum Ausdruck kamen, beschrieb. Dementsprechend sprachen Ritter und die meisten anderen westlichen AutorInnen der Gruppe um Harnack/Schulze-Boysen die Zugehörigkeit zum deutschen Widerstand aufgrund ihrer Motive und Zielsetzung ab.¹²⁹ Ritters und Schlabrendorffs politische Bewertungen bzw. Positionen repräsentierten bis weit in die 1960er Jahre hinein die weitestgehend unwidersprochene vorherrschende Meinung innerhalb der westdeutschen (Geschichts-)Forschung sowie unter den staatlichen Repräsentanten und schließlich auch in der breiten Öffentlichkeit.¹³⁰ Eine angemessene Würdigung der Widerstandsgruppe war somit zu dieser Zeit nicht möglich.¹³¹ Ganz im Gegenteil, »die Erwähnung der Widerstandsgruppen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen und deren Ehefrauen war in den fünfziger Jahren kaum opportun gewesen.«¹³² Vereinzelt positive Bewertungen, die auch noch in den 1950er Jahren erfolgten, u. a. von Weisenborn, wurden systematisch ausgeblendet. Dabei enthielten sie Nachweise über die verschiedenartige soziale und politische Zusammensetzung der Gruppe um Harnack/Schulze-Boysen, die dann im Laufe der Jahrzehnte bestätigt wurden.¹³³ Letztlich traf die Aussage von Weisenborn hinsichtlich der Bewertung der Gruppe zu: »Über die Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe, eine der bedeutendsten und aktivsten Widerstandsgruppen, ist inzwischen so vielerlei geschrieben worden, so viel agitatorisch gefärbte »Tatsachen«-Berichte sind in den Zeitschriften in übler und verkitschter Romanform veröffentlicht worden, daß die Wahrheit nahezu verschüttet wurde.«¹³⁴

129 Vgl. Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 754.

130 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 234.

131 Vgl. Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 754.

132 Ebd.

133 Vgl. Weisenborn, Der lautlose Aufstand, S. 205.

134 Ebd., S. 203–204.

4.4.2 Das NKFD und der BDO – im Auftrage des »Beelzebubs Stalin«

Im Gegensatz zum Widerstand der Gruppe um Harnack/Schulze-Boysen blieben das NKFD und der BDO schon seit der unmittelbaren Nachkriegszeit von einer positiven Würdigung ausgenommen (s. o.). Bedeutende Überschneidungen wiesen die beiden Widerstandsformen aber hinsichtlich der ausgesetzten Vorwürfe des Hoch- und Landesverrats auf. So erschien auch zum NKFD/BDO in den 1950er/60er Jahren ebenso eine umfangreiche Literatur, die gespickt war mit diesen Vorwürfen.¹³⁵ Das bedeutendste Werk war dabei die antikommunistisch ausgerichtete Darstellung des NKFD von Peter Strassner, die zu Beginn der 1960er Jahre in einem extrem rechten Verlag unter dem Titel »Verräter«¹³⁶ erschienen war. Dabei zog er direkte Verbindungen zwischen NKFD und der DDR und versucht somit, den Widerstand des NKFD zu diskreditieren.¹³⁷ Über Strassner hinaus gehend galt für viele westdeutsche Autor_innen der Widerstand dieser »beiden Organisationen als Ausdruck des Versuchs, den »Teufel Hitler durch den Beelzebub Stalin« zu ersetzen».¹³⁸ Die Angehörigen des NKFD/BDO wurden demnach als »Werkzeuge bzw. Hilfsmittel Stalins« angesehen. Außerdem wurde der Einsatz der Mitglieder des NKFD/BDO »hinter Stacheldraht« mit Blick auf die Situation in den sowjetischen Kriegsgefangenlagern mehrfach kritisiert und ihnen deshalb die Glaubwürdigkeit abgesprochen.¹³⁹ Massive Kritik enthielten vor allem die veröffentlichten Erinnerungen von

135 Vgl. Finker, *Der Dämon kam über uns*, S. 315–316.

136 Strassner, Peter: *Verräter. Das Nationalkomitee »Freies Deutschland«. – Keimzelle der sogenannten DDR.* München-Lochhausen 1960.

137 Vgl. Steinbach, *Widerstand im Widerstreit*, S. 273.

138 Steinbach, »Gescheitert, aber nicht erfolglos!«, S. 750.

139 Vgl. Fischer, Alexander: *Die Bewegung »Freies Deutschland« in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?* In: Schmäddecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler.* München²1986, S. 967–968.

ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen. Ihre Erinnerungen dienten »dabei keineswegs immer der historischen Erinnerung oder der Darstellung geschichtlich wichtiger Lebensweisen in den Lagern, sondern auch der Selbsterklärung und Selbstentlastung, der Eigenbestätigung und der politischen Abgrenzung der Verfasser«. ¹⁴⁰

Unter dem Eindruck der Wiederaufrüstung der BRD und dem Ausbruch des Korea-Krieges im Jahre 1950 verstärkten sich die Angriffe auf den NKFD/BDO. Es wurden Vergleiche gezogen zwischen den beiden Organisationen und Foltermethoden, die während des Korea-Krieges eingesetzt wurden. Dabei knüpften die Erklärungen oftmals an Stellungnahmen des Nazi-Regimes und der Wehrmachtsführung gegenüber dem NKFD/BDO an. Die Vorwürfe lauteten dabei, dass sie in der Gefangenschaft die Deutschen zunächst willenlos gemacht haben um sie dann durch versprochene Vorteile zu locken bzw. zu korrumpieren. Es rückte damit die Annahme von einer politisch-ideologischen Beeinflussung in den Kriegsgefangenenlagern in den Mittelpunkt der Vorwürfe. In dieser dem NKFD/BDO zugeschriebenen Beeinflussung wurde dann »Verrat an Deutschland« gesehen. Das traf insbesondere die innerhalb des NKFD/BDO agierenden Mitglieder der Antifa-Gruppen. ¹⁴¹ Ihr Wirken wurde wie folgt verurteilt: »Die Antifa-Aktivistinnen waren Kollaborateure. [...] Die Antifa-Gruppen betrieben kommunistische Schulung. Sie hatten ferner die Aufgabe, die Kriegsgefangenen geistig zu entzweien und zu möglichst hohen Arbeitsleistungen anzuspornen.« ¹⁴²

Daneben wurden beide Organisationen deshalb angegriffen, weil sie von kommunistischen Führungskräften wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht unterstützt und maßgeblich beeinflusst worden seien. Nachzulesen ist dies in einer Veröffentlichung der Bundeswehr von 1964, ¹⁴³ in welcher der NKFD und BDO lediglich als von Kom-

140 Steinbach, *Widerstand im Widerstreit*, S. 273.

141 Vgl. ebd., S. 271–272.

142 Zitiert nach: ebd., S. 272.

143 Führungsstab der Bundeswehr (Hrsg.): *Durchstehen nach dem Kampf: Verhalten in Kriegsgefangenschaft*. Bonn 1964.

munist_innen gelenkte »Tarnorganisationen« beschrieben werden.¹⁴⁴ Eine Ausnahmestellung stellte lediglich die von Bodo Scheurig im Jahre 1960 veröffentlichte Monografie und Quellensammlung zum NKFD¹⁴⁵ dar. Scheurig gelang es, eine differenzierte Interpretation zum Widerstand des NKFD und BDO vorzulegen.¹⁴⁶ Doch letztendlich fand, wie auch beim Umgang mit der Gruppe um Harnack/Schulze-Boysen, »eine wissenschaftliche Diskussion [...] nicht statt, und wegen heftiger Angriffe aus Hörerkreisen war es ebenso kaum möglich, im Rundfunk oder Fernsehen die gebotene Vielfältigkeit der Perspektiven zu spiegeln«. ¹⁴⁷ Der militärische Widerstand des NKFD/BDO wurde dementsprechend in den 1950er und 1960er Jahren ebenfalls nicht in der westdeutschen Öffentlichkeit gewürdigt.¹⁴⁸

5. Zusammenfassung

Es wurde deutlich, dass die Darstellung und Bewertung des kommunistischen Widerstands in den ersten zwanzig Nachkriegsjahren in Westdeutschland in starkem Maße von den damaligen politischen und juristischen Gegebenheiten während des (aufkommenden) Kalten Krieges bestimmt war. Dabei können zwei unterschiedliche Phasen ausgemacht werden, in denen sich das gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse am kommunistischen Widerstand im Rahmen dieses politischen Spannungsfeldes bewegte. In der ersten Phase, bis Ende der 1940er Jahre, war die Widerstandsdarstellung abhängig von der Geschichtspolitik der Alliierten, die zu einer Tabuisierung des Widerstands führte. Hinzu kam, dass in der Bevölkerung

144 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 272.

145 Scheurig, Bodo: Freies Deutschland: Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945. München 1960.

146 Vgl. Steinbach, Widerstand im Widerstreit, S. 273.

147 Ebd.

148 Vgl. Fischer, Die Bewegung »Freies Deutschland« in der Sowjetunion, S. 967.

die Erinnerung weitgehend verdrängt wurde. Trotzdem oder gerade deshalb erschienen im Exil erste Werke, in denen der antifaschistische Widerstandskampf der Kommunist_innen – etwa um die Gruppe Harnack/Schulze-Boysen – gewürdigt wurde. Der Wirkungskreis dieser Veröffentlichungen blieb aber begrenzt. Im Gegensatz dazu übten die von Vertriebenen und Kriegsheimkehrern veröffentlichten Memoiren erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung des Widerstands aus. Diese Darstellungen enthielten Abwertungen, die bis zum Vorwurf des Verrats an Deutschland reichten. Solchen Vorwürfen und Diffamierungen waren zu dieser Zeit aber nicht nur die Angehörigen des kommunistischen Widerstands ausgesetzt – fast alle Formen des Widerstandskampfes gegen den Nazistaat waren geächtet.

Die zweite Phase ab Anfang der 1950er Jahre stellte eine, im Sinne der Wortwahl Abendroths, antikommunistische Phase hinsichtlich der Darstellung des kommunistischen Widerstands dar. Im Rahmen des Kalten Krieges, der Spaltung Deutschlands und der angestrebten Integration der BRD in das westliche Bündnissystem kam es von politischer Seite zu einer Nutzbarmachung des Widerstands im Sinne einer Identitätsbildung des neugegründeten BRD-Staates. Das führte, auch mit Hilfe rechtlicher Bestimmungen des BEG, zur Beschränkung des Widerstands auf den »Dreiklang von Offizierskorps, Kirche und bürgerlicher Jugend«.¹⁴⁹ Damit einher ging die Ausgrenzung anderer Widerstandsformen, wovon vor allem der Widerstand der Arbeiterbewegung betroffen war. Angehörige des kommunistischen Widerstands wurden von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Gleichzeitig waren sie mit dem KPD-Verbot 1956 neuen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. So wurden ihnen nicht nur Entschädigungszahlungen aberkannt, sondern sie wurden erneut kriminalisiert, oftmals von den gleichen Richtern, die während des Faschismus jeden Widerstand mit Haft, KZ und Tod bestraft hatten. Diese politischen und juristischen Maß-

149 Mallmann, *Kommunistischer Widerstand 1933–1945*, S. 115.

nahmen spiegelten sich in der Rezeptionsgeschichte wider. Unbefangene Fragestellungen waren zu dieser Zeit nicht möglich. Im Gegenteil – der kommunistische Widerstand wurde entweder ignoriert oder es wurde ihm die Legitimationsbasis streitig gemacht. In beiden Fällen stand fest, dass er nicht als legitimer Teil des anerkannten Widerstands zu bewerten sei. Das zeigte sich deutlich im Umgang mit der »Roten Kapelle« und dem NKFD/BDO. Beide Organisationen wurden vielfach als »Landesverräter« und »Verschwörer« diffamiert. Widersprochen wurde solchen Sichtweisen erst Ende der 1960er Jahre infolge der aufkommenden 68er-Bewegung. Ungeachtet dessen wirkten die antikommunistischen Darstellungen der 1950er/60er Jahre noch weit bis in die 1970 Jahre hinein und nach dem Ende des Sozialismus in Europa in wissenschaftlichen und politischen Debatten erneut auf. Bis heute existiert im öffentlichen Bewusstsein der deutsche Widerstand fast ausschließlich in Form des »20. Juli« oder der »Weißen Rose«. Demgegenüber wird der weitaus umfangreichere Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung, darunter der kommunistische Widerstand, verschwiegen. Es ist dabei bezeichnend, dass der Widerstandskampf der Kommunist_innen in anderen Ländern umfassend gewürdigt wird und diese als die Patrioten ihres Landes gelten. Ganz im Sinne eines Ausspruchs des wohl nicht als Kommunist bekannten britischen Premier Winston Churchill im Jahre 1945: »Sie [die Kommunist_innen] gehörten in Deutschland zu den Edelsten, was in der Geschichte der Völker je hervorgebracht worden ist, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.«¹⁵⁰

150 Churchill zitiert nach: Gingold, »Unser Traum erfüllte sich nicht«, S. 12.

Literaturverzeichnis

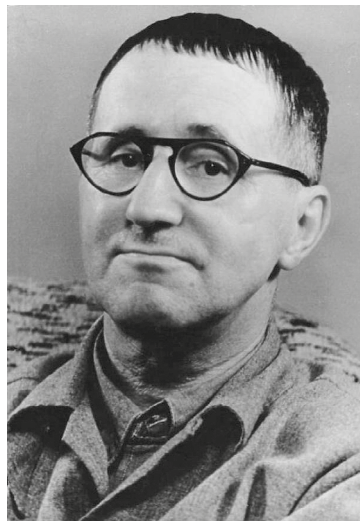
- BALZER, Friedrich-Martin: Zur Verfälschung und Verdrängung der historischen Wahrheit über Faschismus und Antifaschismus in Westdeutschland. Vorbemerkung des Herausgebers. In: FINKER, Kurt: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955). Bonn 2009, S. 9–17.
- BENZ, Wolfgang: Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933. In: BENZ, Wolfgang/PEHLE, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Limitierte Sonderausgabe Frankfurt am Main 1999, S. 15–27.
- BRAMKE, Werner: Die öffentliche Erinnerung an die Verfolgung und den Widerstand aus der Arbeiterbewegung. Defizite und Perspektiven. In: COPPI, Hans/HEINZ, Stefan (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeit. Berlin 2012 (= Reihe Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus), S. 289–304.
- BUCK, Hans-Robert: Der kommunistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945. Augsburg 1969 (= Veröffentlichungen des Seminars für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas an der Universität München, Bd. I).
- COPPI, Hans: Vorwort. In: COPPI, Hans/HEINZ, Stefan (Hrsg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Trotzlisten, Anarchisten und Zwangsarbeit. Berlin 2012 (= Reihe Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus), S. 7–16.
- DER SPIEGEL: Spionage/Rote Kapelle. Kennwort Direktor. In: DER SPIEGEL 1968, H. 21, S. 78–90.
- DER SPIEGEL: Gegen Flick und Florian. Aus dem Verfolgten-Leben des Kommunisten Karl Schabrod. In: DER SPIEGEL 1979, H. 13, S. 110.
- DER SPIEGEL: Nachts kommt das KZ zurück. SPIEGEL-Reportage über ehemalige NS-Verfolgte in der Bundesrepublik (II). In: DER SPIEGEL 1979, H. 13, S. 103–115.
- FINKER, Kurt: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945–1955). Bonn 2009.
- FISCHER, Alexander: Die Bewegung »Freies Deutschland« in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht? In: SCHMÄDEKE, Jürgen/STEINBACH, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München ²1986, S. 954–976.
- GINGOLD, Peter: »Unser Traum erfüllte sich nicht«. In: Junge Welt vom 08.03.2016, S. 12.
- HERLEMANN, Beatrix: Der deutsche kommunistische Widerstand während des Krieges. Berlin 1989 (= Beiträge der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin zum Thema Widerstand 1933–1945; 35).
- KETTENACKER, Lothar: Die Haltung der Westalliierten gegenüber Hitlerattentat und Widerstand nach dem 20. Juli 1944. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik. Berlin 1998, S. 22–46.
- KÜHNH, Reinhard: Zur Rolle der Totalitarismuskonzeption. In: Antifaschistische Initiative in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Wie Faschismus entsteht – und verhindert wird. Materialien vom Antifaschistischen Kongress Mannheim, Frankfurt am Main 1980, S. 52–53.
- MALLMANN, Klaus-Michael: Kommunistischer Widerstand 1933–1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten. In: STEINBACH, Peter/TUCHEL, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 113–125.
- MERSON, Allan: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Bonn 1999.

- PEUKERT, Detlev: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945. Wuppertal 1980.
- RITTER, Gerhard: Carl Goerdeler und die Deutsche Widerstandsbewegung. Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile und vier Abbildungen. Stuttgart 1954.
- SCHLABRENDORFF, Fabian von: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt am Main 1959.
- STEINBACH, Peter: »Gescheitert, aber nicht erfolglos!« Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spannungsverhältnis von Erinnern, Gedenken und historischen Forschung in der Nachkriegszeit. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2012, H. 9, S. 735–756.
- STEINBACH, Peter: Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der Öffentlichkeit nach 1945. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik. Berlin 1998, S. 98–124.
- STEINBACH, Peter: Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld. In: STEINBACH, Peter/TUCHEL, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 597–622.
- STEINBACH, Peter: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien. Paderborn u. a. 1994.
- TOYKA-SEID, Christiane: Der Widerstand gegen Hitler und die westdeutsche Gesellschaft: Anmerkungen zur Rezeptionsgeschichte des »anderen Deutschland« in den frühen Nachkriegsjahren. In: STEINBACH, Peter/TUCHEL, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung; 323), S. 572–581.
- UEBERSCHÄR, Gerd R.: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933–1945. Frankfurt am Main 2006.
- UEBERSCHÄR, Gerd R.: Von der Einzeltat des 20. Juli 1944 zur »Volksopposition«? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hrsg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Berlin 1998, S. 125–157.
- ULRICH, Axel: Kampf gegen Hitler. Zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet. In: Mainzer Geschichtsblätter. Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz. Mainz 2004.
- ULRICH, Axel: Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft am Beispiel der Opel-Werke in Rüsselsheim. In: HEYL, Bernd/NEUGEBAUER, Andrea (Hrsg.): »... ohne Rücksicht auf die Verhältnisse«. Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau. Frankfurt am Main 1997, S. 93–196.
- WASSERMANN, Rudolf: Widerstand als Rechtsproblem. Zur rechtlichen Rezeption des Widerstandes gegen das NS-Regime. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik. Berlin 1998, S. 254–267.
- WEBER, Hermann: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939. Berlin 1990 (= Beiträge der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin zum Thema Widerstand 1933–1945; 33).
- WEISENBORN, Günter: Der lautlose Aufstand. Berichte über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. Hamburg 1953.
- WETZEL, Juliane: Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989. In: UTOPIE kreativ 2000, H. 118, S. 797–804.

MARXISTISCHE BLÄTTER ★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de

*»Denken ist etwas,
das auf
Schwierigkeiten folgt
und dem Handeln
vorausgeht.«
(Bertolt Brecht)*



wiki/commons



*die Zeitschrift für den Spaß
am Denken und Handeln.*

Seit Heft 1_2017 auch als eBook und ePDF erhältlich.

www.neue-impulse-verlag.de

 facebook.com/MarxBlaetter

Impressum

Herausgeber: Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18 – 45127 Essen – Tel.: 0201 | 248 64 82

(www.neue-impulse-verlag.de)

V.i.S.d.P.: Lothar Geisler

Layout: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen (www.k-mw.de)

Titelgrafiken: Michael Sammler

Schutzgebühr 5,- Euro

ISBN 978-3-96170-017-2 Print

ISBN 978-3-96170-317-3 eBook

ISBN 978-3-96170-617-4 ePDF